

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich . . . Kz 16.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährig . . . 96.— ganzjährig . . . 192.—

3. Jahrgang.

Freitag, 31. August 1923.

Nr. 203.

Wohnungsnot und Gemeindewahlen.

Das Versagen des Privatkapitals. — Die Arbeit sozialdemokratischer Gemeindeverwaltungen.

Der Niederbruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nach dem Kriege hat sich in nichts deutlicher offenbart, als daß die Gesellschaft nicht imstande ist, jedem Menschen, der an ihrer Erhaltung mitarbeitet, eine Stube zu verschaffen, in der er mit seiner Familie leben könnte. Der Wohnungsmangel nach dem Kriege, die Unfähigkeit des Privatkapitals, die Bautätigkeit zu beleben, hat bis in das innerste seelische Leben des Menschen mit rauher Hand hineingegriffen. Die Männer, die aus dem Kriege kamen, in dem sie ein Nomadenleben geführt hatten, in dem sie jeden Tag anderswo schliefen, heimatlos umherirrten, empfanden das Bedürfnis nach Gründung eines Hausstandes, nach der Schaffung eines eigenen Heims. Sie mußten zu tausenden darauf verzichten, eine eigene Familie zu gründen, mußten die primitivsten Annehmlichkeiten des Lebens entbehren, weil sie nicht imstande waren, sich eine Wohnung zu beschaffen. Wieviel menschliches Glück dadurch zerstört wurde, kann kein Statistiker berechnen, kein Soziologe auch nur annähernd feststellen.

Es wäre wohl die Pflicht der mächtigsten und stärksten gesellschaftlichen Organisation, des Staates, gewesen, dafür zu sorgen, daß der Arbeiter, wenn er sich den ganzen Tag geschunden, ehrlich und redlich gearbeitet, seine Pflicht gegenüber der Gesamtheit erfüllt hat, nach Feierabend in eine ordentliche Wohnung komme, wo er sich erholen und seine geistigen und körperlichen Kräfte, die er in des Tages Mühen ausgiebt, erneuern könne. Aber der Staat, der von der Bevölkerung die größten Opfer an Gut und Blut verlangte, hat sich auf dem Gebiete des Wohnungswesens als wahrer Stiefvater erwiesen. Alles, was er insbesondere in Bezug auf die Errichtung neuer Wohnungen getan hat, war Kleinliches, armseliges, elendes Stückwerk. Von ihm gilt wahrhaftig das Wort des Dichters: „O Fluch, dem diese Zeit verfallen, daß sie kein großer Ruls durchlebt.“ Keine große Idee kam in den Besetzen über Wohnungswesen und Wohnungsbau zum Durchbruch, nicht einmal der naheliegende Gedanke einer allgemeinen Wohnsteuer, deren Ertrag dem Wohnungsbau gewidmet hätte, ist verwirklicht worden. Vergebens waren alle Argumente, mit denen die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten die Regierungsmehrheit zu überzeugen suchten, vergebens alle Anträge, alle Beschwörungen, daß dies der einziger mögliche Ausweg aus der furchtbaren Katastrophe der Obdachlosigkeit eines großen Teiles der Bevölkerung ist.

Da war es die ärmste der armen Institutionen, die Freund und Helfer der Bevölkerung gewesen ist: die Gemeinde. In den meisten größeren Orten, wo die Sozialdemokraten auf die Gemeindeverwaltung Einfluß besaßen, wurden eigene Wohnungskämter gebildet, die eine geradezu übermenschliche Arbeit geleistet haben. Man stelle sich nur vor, wie es ausgesehen hätte, wenn sich die Gemeinden ebensowenig um die Lösung der Wohnungsfrage bemüht hätten wie der Staat? So aber waren die Wohnungskämter der Bevölkerung behilflich, damit das Wenige, was die staatlichen Gesetze an Mieterschutz und Wohnungsfürsorge brachten, auch wirklich durchgeführt werde. Wären etwa die staatlichen Bürokraten mit der Durchführung des Mieterschutzes betraut worden, hätten die besitzenden Klassen der Anwendung des Gesetzes viel erfolgreicher Widerstand geleistet, und hätten jedes Bemühen, obdachlosen, arbeitenden Familienmitgliedern und deren Angehörigen Wohnungen zu beschaffen, sabotiert. Damals sah man, was die soziale Verwaltung der von Sozialdemokraten beeinflussten Gemeindevertretungen zu leisten vermag. Mit einer zähen

Der Kampf der Bergarbeiter.

Der zehnte Streiktag

Die Vertreter der Bergarbeiter im Ministerium für öffentliche Arbeiten. — Noch immer keine klare Haltung der Regierung.

Prag, 30. August. Der Zentralkreisausschuß der Bergarbeiter gibt bekannt:

Der Zentralkreisausschuß stellte sich heute auf eine an ihn ergangene Einladung im Ministerium für öffentliche Arbeiten ein. Sektionschef Dr. Fischer ersuchte die Bergarbeiter, ihren Standpunkt mitzuteilen, unter welchen Bedingungen der Streik beendet werden könnte. Ferner teilte er mit, daß die Grubenbesitzer Nordwestböhmens auf Gegenanträge zu ihren Anträgen vom 23. August warten.

In der hierauf folgenden Besprechung erlaubten die Bergarbeitervertreter das Ministerium, sich zu äußern, ob und in welchem Maße zwischen ihm und den Grubenbesitzern eine Einigung über die Herabsetzung der Kohlenpreise getroffen worden sei, eventuell die Prinzipien dieser Herabsetzung mitzuteilen und insbesondere mit welchem Anteil die Bergarbeiter durch Herabsetzung ihrer Löhne beitragen sollen, da hiervon die Möglichkeit eines Abkommens abhängt, das zur Beendigung des Streiks führen könnte. Sektionschef Dr. Fischer lehnte eine Antwort auf diese Frage ab.

Als das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen vom 8. August von den Bergarbeitern abgelehnt wurde und infolgedessen der Streik ausbrach, teilte bereits am 20. August der Zentralkreisausschuß dem Ministerium für öffentliche Arbeiten mit, daß bei diesem Stande der Dinge zur Beendigung des Streiks andere Grundlagen gefunden werden müßten als die in dem Ergebnis vom 8. August enthaltenen (Herabsetzung der Löhne um 18 Prozent).

Aus dem Ergebnis der Besprechung hat der Zentralkreisausschuß die Ueberzeugung gewonnen, daß weder die Absicht noch der Wille besteht, solche neue Grundlagen zu finden. Ebenso wurde bei den letzten Verhandlungen mit den Grubenbesitzern Nordwestböhmens festgestellt, daß die Arbeitgeber der übrigen Bezirke das Maß der Lohnreduktion von der Lohnreduktion in Mähr.-Osttrau abhängig machen und daß auf dieser Grundlage jegliche Verhandlungen unmöglich sind.

Auf Grund der erwähnten Besprechung glaubt der Zentralkreisausschuß, daß die Regierung trotz der Zuschrift des Ministeriums für öffentliche Arbeiten an die Gewerkschaftsorganisationen der Bergarbeiter vom 24. August auf dem Punkt zwischen Herab-

setzung der Kohlenabgabe und der 18prozentigen Herabsetzung der Lohnarbeiterlöhne beharrt. Am Schluß der Besprechung erklärte Sektionschef Dr. Fischer, daß er über diese Besprechung dem Minister für öffentliche Arbeiten Bericht erstatten werde.

Der Zentralkreisausschuß beschloß in der sodann stattgefundenen Sitzung, auf Grund dieser Verhältnisse sowie auch mit Rücksicht darauf, daß die Grubenbesitzer Nordwestböhmens die Anträge des Zentralkreisausschusses abgelehnt haben, auf deren Anträge keine Gegenanträge zu stellen, weil er es für zwecklos und erfolglos erachtet, wiewohl er prinzipiell zu Verhandlungen bereit sei.

Osttrauer Grubenpatrioten.

Die um die Konsolidierung des Staates besorgt sind.

Die Osttrauer Revierstreikleitung hat durch ein Plakat, das eine klare, überzeugende und durch Ziffern ergänzte Darstellung des Existenzkampfes der Bergarbeiter enthält, den fürchterlichen Groll der Osttrauer Bergwerksbesitzer auf sich geladen. Es muß um die hehre Sache, für die diese Magnaten der Industrie bestrebt sind, wenn sie schon nach einer verhältnismäßig so kurzen Kampfdauer sich genötigt sehen, ein ganzes Arsenal von Verdrehungen, Verdächtigungen und Verleumdungen aufzuwenden, um den Eindruck, den die Rundgebung der Bergarbeiter hervorgerufen hat, zu verwischen. In ihrer Antwort reihen sie ihnen geistreiche Rohdaten willkürlich aus dem Zusammenhang, stellen sie zum Vergleich und zaubern sozusagen im Handumdrehen Schlüsse hervor, die für die Arbeiter natürlich so vernichtend ausfallen müssen, wie ihr Ausbenterkampf erfordert. Es überreicht nicht, daß die Unternehmer auch bei dieser Gelegenheit die schon alljährlich gewordene Lüge wiederholen, daß am 8. August eine regelrechte Vereinbarung zustande kam; weil nun die Arbeiterhaft diese angebliche „Vereinbarung“ später ablehnten, seien, behaupten sie, die Bergarbeiterführer kompromittiert. Dabei wissen die Herrschaften, da sie doch nicht das erste Mal Lohnverhandlungen mit Arbeitern führten, daß jedes Verhandlungsergebnis der Sanktion der Arbeiter bedarf, ehe es als Vertrag wirksam wird.

Aber den Gipfel der Freiheit erreicht die Rundgebung der Unternehmer in dem Schlußabsatz, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Vereitelung dieser Vereinbarungen ist das Ergebnis des Einflusses jener Elemente, denen das Ausblühen unserer Wirtschaft und Konsolidierung unseres Staates nicht recht ist und die Vessentlichkeit wird gewiß objektiv beurteilen, ob die Arbeiterhaft gut daran tut, wenn sie ihre Entscheidung gerade von diesen Elementen beeinflussen läßt.“

Wer sind nun diese Unternehmer? denen nichts mehr am Herzen liegt, als die Konsolidierung unseres Staates und die die Mühseligkeit aufbringen, die Bergarbeiter zu beschuldigen, daß sie die Gefundung des Staates verhindern?

Da ist vor allem die „Berg- und Hüttenwerksgesellschaft“ mit einem Arbeiterstand von 11.000 Bergarbeitern, die durch den deutschen Generaldirektor Dr. Günther vertreten wird und in dessen Verwaltungsrat wir die folgenden „tschechischen Patrioten“ erblicken: Die Herren Pierre Cheysson und Schneider-Creusot in Paris, den Bankdirektor Alexander in Wien, die Herren Alexander van der Straeten und Dr. Sieghart in Wien, die Herren Alexander Weiner, Karl Fejerslik, Josef Simonek. Der größte Teil der Aktien dieser Gesellschaft gehört noch immer dem ehemaligen Erzherzog Friedrich (Marquis Gero), dessen Vertreter der Rabinetschef aller schwarzgelben Ministerpräsidenten, Dr. Sieghart ist. Zehntausende dieser Aktien werden an der Wiener Börse gehandelt und sind im Besitze der „verfluchten Wiener Deutschen“. Freilich, die Hüttenwerksgesellschaft war das erste Unternehmen dieser Art, das den Weg zu dem „waterländischen Bankkapital“, zur Zionostenská Bank, und von da zu den sehr einflussreichen tschechischen Parteipolitikern Dr. Scheiner, Dr. Fejerslik, Jaroslav Preis, Dr. Englis und zu anderen gefunden hat. Das zweite Kohlenunternehmen, das die ungeführte Konsolidierung der Republik auf seine Fahne geschrieben hat, ist die Kaiser Ferdinand-Nordbahn. Sie beschäftigt 7000 Bergarbeiter, in ihrem Verwaltungsrat sitzen neben den einheimischen Bankpatrioten Dr. Vyskoský und Heinrich Bölschke folgende Ausländer: Graf Franz Hardega, Ernesto Amadeo Camus, Dr. Wilhelm Erner (Wien), Dr. Paul Hammer Schlag (Wien), Adam Jendrychewicz (Krausau), Dr. August Weber, Dr. Adolf Stein. Das dritte Osttrauer Bergarbeiterunternehmen ist die „Witkowiher“, die 10.000 Bergarbeiter beschäftigt und zu dem Besitze der bekanntlich aus tschechischen Dynastie der Freiherren von Rothschild gehört. Weiter finden wir die Osttrau-Bau-Gesellschaft mit 5000 beschäftigten Arbeitern. Die Besitzer sind die in Wien residierenden Ritter von Gutmann. Selbstverständlich ist auch der Graf Parisch-Mönnich, in dessen Gruben 5000 Bergarbeiter toben, ein unverfälschter tschechischer Patriot.

Die vielen „kleineren“ Kohlenmagnaten in Osttrau, die an der Konsolidierung des tschechischen Staates und an dem Ausblühen unserer Wirtschaft

Energie, die vor den Drohungen mehrfacher Hausbesitzer und Großkapitalisten nicht zurückschreckte, wurde den Bestimmungen des Gesetzes zum Rechte verholfen. Gerade damals haben die Vertreter der Klassenbewußten Arbeiter und Angestellten gezeigt, daß sie zu verwalteten verstehen, und daß erst die von ihrem Geiste, ihrer Moral und ihrer politischen Kraft durchsichtige Verwaltung die Einhaltung sozialpolitischer Gesetze zu erzwingen vermag.

Aber damit haben sich unsere Gemeindevertreter noch nicht begnügt. Mit einem Mut, der bewundernswürdig ist, gingen sie daran, die Schwierigkeiten, die dem Bau von neuen Häusern, der Schaffung neuer Wohnungen entgegenstanden, zu überwinden. Trotzdem die Gemeinden nach dem Kriege fast ausnahmslos ein passives Budget hatten — hatten doch die bürgerlichen Gemeindevertretungen in ihrer Gewissenlosigkeit mehr Kriegsanleihe gezeichnet, als oft das ganze Gemeindevermögen betrug — die nicht wußten, wo sie die Zinsen und Amortisation für ihre Schulden hernehmen sollen, gingen sie dennoch frischen Mutes daran, Häuser zu bauen. In einer Zeit, wo die private Bautätigkeit fast vollständig stockte, wo das Privatkapital, das angeblich die Ordnung in Europa wieder hergestellt hat, kläglich versagte, sind in einer Reihe deutscher Städte dieses Landes ganze Häuserviertel entstanden, wo die Bedürftigsten ein Obdach fanden. Und es waren nicht finstere Kellerslöcher und dampfseuchte Stuben, in die da die Menschen einzogen, sondern freundliche, lichte Räume, in denen es

eine Freude ist, zu wohnen und zu leben. Diese neuen Straßenzüge und Häuserviertel werden ein dauerndes steinernes Denkmal dessen sein, was die Gemeindeverwaltungen in einer Zeit allgemeiner Herrütung geleistet haben. Diese Denkmäler reden eine Sprache, welche alle Verleumdungen der bürgerlichen Gegner, die über die sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen ausgestreut werden, überläßt.

Freilich gingen die Ziele der Gemeinden viel weiter. Die Städte, die Häuser gebaut haben, hätten viel mehr bauen können. Wo es trotz aller Fähigkeit und Energie zur Schaffung neuer Wohnungen nicht gekommen ist, hätte wenigstens das Los der Ärmsten und Elendesten unter den Obdachlosen gelindert werden können, wenn der Staat die Mittel gegeben, wenn er nicht alle Steuerquellen mit raubem Zugriff beschlagnahmt, die produktive Selbstverwaltung seiner Staatsbürger nicht erdroffelt und erstickt hätte. Wenn vom Staat seine große soziale Pflicht ebenso wie von unseren Gemeinden erfüllt worden wäre, wahrlich, wir müßten heute von der Wohnungsnot nicht mehr sprechen!

Aber nicht nur der Staat war ein Hindernis, sondern auch das Privatkapital. Die Unternehmer der Baubranche wollen große Profite machen, die Baumaterialien sind enorm teuer, die Grubenbesitzer wollen mit ihren Gründen spekulieren. Deshalb fordert auch unser Wohnungsprogramm: „Erst die Umwandlung des Privateigentums an Grund und Boden in Gesellschaftseigentum, die Ueber-

führung aller Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in den der Gesamtheit wird dem heutigen Wohnungswesen ein Ende machen.“ Erst wenn der Grund und Boden Gemeineigentum wird, wenn er den Händen künftigen Grundstückspekulanten entzogen wird, wenn der Staat alle Hebel in Bewegung setzt, um die Baumaterialienherzeugung der Volkswohlfahrt und Volksfürsorge dienstbar zu machen, dann erst ist die Möglichkeit gegeben, daß alle Menschen auch menschenwürdig wohnen. Gerade auf dem Gebiete des Wohnungswesens hat es sich gezeigt, daß der Kapitalismus nicht imstande ist, die primitivsten Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen, daß die kapitalistische Gesellschaft, für die der arbeitende Mensch sich rader und müßt, rücksichtslos die Schöpfer aller Werte wohnungslos umheirren läßt. Jede Stimme, die am 16. September für die Sozialdemokratie abgegeben wird, ist daher eine Stimme gegen Wohnungsruher und Grundstückspekulation, gegen das Unglück der Obdachlosen und gegen die Unmenschlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ihrer Träger. Alle, die ihr gelitten haben unter der Wohnungsnot, deren Leben um vieles ärmer gemacht wurde, denen ein paar Jahre des Lebens geraubt wurden, die ihr geklagt und gekammert haben über die Wohnungsnot, die ihr die Häuste gekostet haben gegen eine Gesellschaftsordnung, in der so etwas möglich ist, wählet sozialdemokratisch!

ein so eminentes Interesse haben, wollen wir übergehen, es sind hierzulande ganz fremde Namen, unso geläufiger sind allerdings ihre Adressirten den Wohnorten Wiens, Berlins, ferner bairischer und alpenländischer Landtage. Man muß es nur bedauern, daß wir kein Gesetz haben, das die großen Patrioten, in deren Namen das Strauer Blat sprich, zur vollen Namensangabe zwingt: die Öffentlichkeit würde dann sehr schnell gewahrt werden, welche Geschäfte hier vor allem ungestört konsolidiert werden sollen.

Wie es sonst mit der patriotischen Tugend der Währisch-Strauer Grubenberren bestellt ist, werden wir noch zeigen.

Der Parteitag der Hakenkreuzler.

Die vollständige Ratlosigkeit, mit der das Bürgerium dem wirtschaftlichen und politischen Chaos gegenübersteht, kommt wohl nirgends deutlicher zum Ausdruck als in der beispiellosen Verfahrenheit der Politik der deutschbürgerlichen Parteien in der Tschechoslowakischen Republik. Seit Jahr und Tag predigt jede einzelne dieser Parteien die Notwendigkeit des Zusammenschlusses des ganzen deutschen Volkes zu einer Einheitsfront als den einzigen Ausweg aus dem Wirrwarr, in dem sich alles befindet, was hinter Lodgman oder Kapek, hinter Böhr oder Raffas steht; seit Jahr und Tag führen sie alle zugleich auch untereinander die heftigsten Kämpfe, suchen einander durch schwerste Verdächtigungen und Verleumdungen Wähler und Mitglieder abzufangen und halbblinden Seuten zuzumachen, daß gerade ihre Partei den einzig richtigen Weg zur Erlösung des deutschen Volkes in der Tschechoslowakei eingeschlagen hat. Keine der Parteien, geniert der Führer des deutschen Bürgeriums genießt mehr Vertrauen unter der schwer irreführten Bevölkerung und wenn Wahlen in Sicht sind, überfällt sie alle eine furchtbare Angst vor dem Urteil der Massen. In ihrer Verzweiflung suchen sie dann insgesamt, sich wieder zusammenzuschließen und dem betrogenen Volk durch Vorgaukeln allen gemeinsamer Interessen, die nur in der berühmten Einheitsfront vertreten werden können, von neuem die Augen auszuwischen.

Diese heillose Verwirrung im deutschbürgerlichen Lager, die schlammigen Gewässer der „sudetendeutschen Politik“, die nach dem übereinstimmenden Eingeständnis aller bürgerlichen Parteien in den fünf Jahren tschechoslowakischer Republik vollkommen verkrachte, versucht nun ein Haufen auszunutzen, dem das Fischen im Trüben Lebensgeheimnis, Lebensnotwendigkeit ist. Es sind dies die vom Proletariat und auch vom unabhängigen Bürgerium verachteten deutschen Nationalsozialisten, die von den Arbeitern gehaßte Partei der Streikbrecher, die von der kapitalistischen Bourgeoisie zwar als widerwärtig empfundenen, aber dennoch als Störschär gegen den Sozialismus verwendeten Gelben. Als eine „Arbeiterpartei“, die vom Arbeitererrat lebt, war sie von jeher in ihrer Wirkung die reaktionärste, dem Klassenbewußten Proletariat schädlichste Organisation moralisch minderwertiger Elemente. Nun, in der Zeit des stärksten Wüthens der Reaktion ziehen sie vollends alles an sich, was politisch obdachlos umherirrt und infolge schwerster sittlicher Defekte trotz der Zugehörigkeit zur Klasse der Besitzlosen in den Organisationen der sozialistischen Arbeiterschaft seinen Platz hat. Die Partei der Hakenkreuzlerischen Nationalsozialisten ist zwar zu klein und bedeutungslos, als daß man sich mit ihr sonderlich beschäftigen müßte; aber der Geist, der von ihr ausgeht, der Geist der Niedrigkeit, der strupelosen Gewalt, der Mordhebe, des wüthendsten nationalen und Rassenhasses wirkt entsetzlich genug, daß wir der Komödie Aufmerksamkeit schenken, mit der die Partei der Dillier, der Rathenau- und Erzberger-Mörder, die Partei der Mörder Birnckers und des Kosterer Oberwachmannes Schrenk, auch in der Tschechoslowakei die Bevölkerung durch wirtschaftliche und politische „Grundfänge“, durch Phrasen und Geschwätz zu täuschen versucht.

Der Egerer Parteitag der deutschen Nationalsozialisten zeigte diese Gaukler wieder einmal auf voller Höhe. Mit dem Brüllen des Biebertmanns, dessen Partei nur den Weg des Rechts und Guten geht, entwarf, nachdem man sich zu Schlagring- und Knüppelschlag für die Versammlungsbemagogen der Partei entschlossen hatte, Abgeordneter Papek das „trostlose Bild tiefer Verfahrenheit und Verklüftung des Parteiliebenden der Deutschen“. Den größten Teil der Schuld an diesen trostlosen Zuständen, denen zu steuern natürlich die Gelben betrunken sind, schob Papek, der vor weniger als Jahresfrist noch eines Sinns und Herzens mit Lodgman in der Kampf-gemeinschaft beisammen war, den Deutschen Nationalen zu. Vor drei Jahren zogen die Gelben mit deutschnationalen Wahlfondsgebern in den Parlamentswahlkampf und erhielten von Gnaden der deutschen Nationalpartei fünf Mandate. Jetzt verhöhnt sie Papek wegen ihres „Rufes nach der Einheitspartei“, wegen ihrer „Dochverratsphrasen“ und wegen ihrer „buzantinnischen Gesänge“. Ja, sie sind üppig geworden die Herren Knirsch und Papek und Jung, seitdem Hilters und Mussolinis Seifenblasen die Aufmerksamkeit der Welt ein wenig auf sich lenkten. Papek meint, es sei nicht leicht, in der sudetendeutschen Politik mit redlichem Willen die gerade Linie zu verfolgen“ und führt dafür einen weit klareren Beweis, als er selbst merkt, indem er, kaum daß er das Einheitsfrontgewinsel der Lodgman-Leute verhöhnt hat, die Auflösung des Deutschen parlamentarischen Verbandes als „Schwache Passivpost“ bezeichnet. Also

war es doch schade, daß die „fruchtreiche“ Kameradschaft mit Deutschnationalen und Demokraten, mit Christlichsozialen und Agrariern in Trümmern ging, Herr Papek?! Wir verstehen Ihren Schmerz und hoffen, daß Lodgman bald zur Erkenntnis seines falschen Weges kommen wird. Dann steht der verneinten Kampf-gemeinschaft der deutschnationalen und der nationalsozialistischen Partei im Zeichen des Hakenkreuzes nichts mehr im Wege. Nur schade, daß zu den Gemeindevätern die Sache nicht mehr zu dechselfeln ist.

Inzwischen wird es aber wohl Herrn Abgeordneten S i m m gelungen sein, aus der nationalsozialistischen „Bewegung“ wieder eine „Partei“ zu machen. Dem Herrn S i m m, der sich in seinem Referat fast ausschließlich mit dem Thema „Partei oder Bewegung“ befaßte, ist es wahrscheinlich zum Bewußtsein gekommen, daß das, was sich Hakenkreuzium nennt, ein allgütiger bewegter Haufen ist, den weder das „nationale noch das soziale Programm des nationalen Sozialismus“ kimmert und der da „meint, daß allem voran die Freiheit zu setzen ist“. Die Freiheit, Arbeiter und Arbeiterführer niederzuschicken, ist für Hakenkreuzler gewiß eine schöne Sache; aber damit ist der Partei doch nicht geholfen, die auf solche Weise wohl schwerlich neue Mitglieder sind und deren Rassen auch durch den elegantesten Knüppelerschlach nicht aufgefüllt werden. Nur auf Hitler und das bairische System kann man sich doch hierzulande nicht verlassen! Das meint nicht nur der Abgeordnete S i m m, sondern auch der neugewählte Obergelbe Knirsch. Wir stellen mit Vergnügen fest, daß Herr Knirsch in seinem Referat endlich die Ein-
 vertragen hat, daß es eine „Schicksalsgemeinschaft“ zwischen uns und den Gelben sowie den übrigen Parteien des deutschen Bürgeriums niemals geben wird. Wenn sich Herr Knirsch über die unansehnliche Ablehnung dieser Anbiederungsversuche damit zu trösten versucht, daß er uns „in erster Linie für die bisherige Erfolglosigkeit der sudetendeutschen Politik mitverantwortlich“ macht, so stimmt uns das nur heiter. Eine Kühnheit sondergleichen aber ist es von ihm, von der „volksfeindlichen“ Einstellung der deutschen Sozialdemokraten zu sprechen. Wir hoffen, noch öfters Gelegenheit zu haben, dem Herrn Knirsch nachzuweisen, wer die wahren Volksfeinde hier und auch in Deutschland sind, obwohl er es widerstrebt, uns mit den Freunden Hitlers, dessen Mordbuben, Franzosenhölzlinge und Arbeiterverräter das schmerzbringende Volk Deutschlands in Todesgefahr bringen, überhaupt in eine Debatte einzulassen.

In Eger kam auch W o l l s c h a l zu Worte, den der „Tag“ als „alten erfahrenen... fruchtbareren Vorkämpfer“ der Hakenkreuzbewegung bezeichnet. Wer zwei Jahre nationalsozialistisches Parteimitglied ist, ist also demnach schon ein „alter Vorkämpfer“. Das läßt auf die Solidarität der gelben Parteioptionen weitestgehende Schlüsse zu. Im übrigen ist es aber nicht verwunderlich, daß sich Wollschal bei den Gelben solcher Hochachtung erfreut. Wo denn sonst in aller Welt sollten Renegaten willkommen sein, wenn nicht in der Partei der Verräter? Wollschal ließ ein häßliches Gezeier gegen die Juden los, beschimpfte die Sozialdemokratie und verleumdete ihre Führer — was Wunder, daß er den lebhaften Beifall des bei den sozialdemokratischen Arbeitern so beliebten Jung und seiner Gefinnungsgenossen fand?

Den Vogel aber schloß in Eger Schriftleiter K a r g ab, der sich herabließ, mit Marx zu polemisieren, und die nicht zu unterschätzende Aufgabe unternahm, das wirtschaftliche Programm der nationalsozialistischen Partei festzusetzen. Der Hakenkreuzler und Antisemit Karg hat sich vor nicht langer Zeit aus durchsichtigen Gründen für ein etwaiges Zusammengehen der Nationalsozialisten mit den Juden gegen die Tschechen eingesetzt. Inzwischen ist ihm wohl von seinen Parteifreunden abgewinkt worden, aber aus jener Zeit seines Philosophiums „at er sich noch die Erinnerung an den jüdischnationalen, zionistischen Volkswirtschaftler Oppenheimer erhalten, dessen Theorien dem Karg gerade gut genug sind, Marx zu widerlegen. Karg hat sich zu der Anschauung durchgerungen, daß die Nationalsozialisten „den sozialen Teil“ ihres Programms „nicht vernachlässigen dürfen“ und stellte klipp und klar fest, daß die Pfeiler des Staates sind:

1. Die Anerkennung des Privateigentums.
2. Die Brechung der Jüdnetherrschaft.
3. Die Bodenreform.

„Wir erkennen grundsätzlich das Privateigentum als die Grundlage der Staatenbildung an.“ Diese Feststellung genügt uns und Herr Karg wird uns verzeihen, wenn wir uns mit seinen übrigen Vernichtungszügen gegen Marx nicht befassen. Er hat es eindeutig ausgesprochen, daß die Nationalsozialisten nach wie vor Verfechter der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung sind. Nach seiner Meinung „ist es für den Arbeiter besser, im kapitalistischen Staate zu leben... als irgendwelchen phantastischen sozialistischen Programmen nachzulaufen“. Es hat sich also auch an der politischen Einstellung der Nationalsozialisten nichts geändert, sie werden weiter das Privateigentum und seine Trägerin, die kapitalistische Bourgeoisie, verteidigen. Ihr „Sozialismus“ ist über, widerliche Gaukelei, so wie ihr Nationalismus und Antisemitismus nichts als Schwindel ist, mit dem die Dummsten der Dummsten gefördert werden sollen. Dies bewies als letzter Parteitagreferent der Abgeordnete Jung, der einen endlosen Vortrag über die „Judenfrage als Schicksalsfrage des deutschen Volkes“ hielt. Denn nachdem er mit hundert

Beispielen die Notwendigkeit dargetan hatte, das „jüdische Gift“ aus dem Körper des deutschen Volkes auszuschleiden und seinem Kollegen K a r g ein Privatissimo wegen seines jüdenfeindlichen Artikels gelesen hatte, kam er zu dem politischen Schluß, daß Bündnisse mit den nicht „jüdenreinen“ Deutschdemokraten und Christlichsozialen auch in Zukunft — nicht abzusehen sind. „Sollte sich irgendeine — und sei es auch nur bescheidene — Möglichkeit einer Zusammenfassung der Kräfte unseres sudetendeutschen Stammes bieten“, das heißt: werden die Einheitsfrontbestrebungen Lodgmans, über die sich Papek noch eben lustig machte, mehr Aussicht auf Erfolg haben, dann wird der Jung und mit ihm das ganze Hakenkreuzertum auch wieder mit den Juden zusammengehen. Ihm soll es nicht daran antommen, wenn bei künftigen Wahlen für

die Gelben wieder etwas aus dem Wahlfonds abfällt, der auch von jüdischen Fabrikanten gespeist wird.

Wir fürchten, mit der ausführlichen Besprechung des Egerer Parteitages den Gelben schon zu viel Ehre angetan zu haben. Aber es schien uns doch notwendig, das Spiel dieser Partei wieder einmal aufzudecken. Es hieße, an der Zukunft des Volkes verzweifeln, wollte man annehmen, daß diese Gaukler ihre Komödie noch lange und mit Erfolg aufführen können. Wer offenen Auges durch die Welt geht, muß diese Gesellschaft, die „sozialistisch“ firmiert, in Wahrheit aber nur eine verlogene Klopfflechterin des Bürgeriums und des Kapitalismus ist, durchschauen. Gelegenheit, ihr nach hundert Fußstapfen einen neuen zu verlegen, findet sich in aller nächster Zeit.

Die Gemeindevahlen.

Womit die Kommunisten Stimmen einlangen wollen.

Der Reichsberger „Vorwärts“ sucht in einem seiner letzten Artikel auf ganz sonderbare Weise die deutschen Arbeiter für die kommunistischen Listen zu gewinnen, indem er in einer Polemik gegen die Tschiliger „Freiheit“ die Bedeutung der Gemeindevahlen so darstellt, als ob es sich hierbei um die Alternative „Koalitionsregierung oder Arbeiter- und Bauernregierung“ handle. Für eines oder das andere müßten sich auch die deutschen Arbeiter entscheiden und auf ihre Entscheidung komme es ebenso an wie auf die der tschechischen Arbeiter, da sich ja auch durch den Eintritt einer deutschbürgerlichen oder auch der deutschen sozialdemokratischen Partei in die Regierung an dem gegenwärtigen System nichts ändern würde.

Es lohnt der Mühe, den Schwindeln aufzudecken, mit dem deutsche Profetarier für die Politik des Herrn Schmeral eingefangen werden sollen. Zunächst sei gegeben, daß die Gemeindevahlen zweifellos auch ein wichtiges politisches Votum im allgemeinen bedeuten. Ihr Ausfall im tschechischen Volke wird jedenfalls ideologisch und moralisch über das Schicksal der tschechischen allnationalen Koalition entscheiden. Wenn sich die Machtverteilung unter den Koalitionsparteien wesentlich ändert, so kann es schon sein, daß das schwierige Werk der ewigen Verhandlungen und Berklärungen der Gegenseite innerhalb der Koalition in Zukunft nicht mehr gelingt und jene Parteien, deren Stärke bedeutend zugenommen hat, auf Neuwahlen zur Nationalversammlung und damit auf die Umgestaltung der Regierung drängen. In dem Maße, als es den tschechischen Kommunisten gelingt, anderen tschechischen proletarischen Parteien Stimmen abzugewinnen, bedeutet dies auch eine Schwächung der allnationalen Koalition, beziehungsweise tritt auch die Frage des Eintrittes der Kommunisten in die Regierung auf.

Für die deutschen Sozialdemokraten liegen die Verhältnisse wesentlich anders. Unser Kampf richtet sich gegen die deutschbürgerlichen Parteien, unser Sieg über das deutsche Bürgerium ändert nichts an den nationalen Machtverhältnissen im Staate. Wir sind noch nicht so weit wie die Kommunisten, daß uns die Sorge des Eintrittes in eine Regierung drückt. Eine Regierung, in der neben Vertretern der tschechischen Arbeiterschaft auch solche des deutschen Proletariates sitzen könnten, könnte nur auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms zur Schaffung der nationalen Ordnung in der tschechoslowakischen Republik gebildet werden. Das gilt auch für die Arbeiter- und Bauernregierung, von der die Kommunisten faseln.

Wenn also deutsche Arbeiter Kommunisten wählen — in den meisten Orten mit gemischtprachiger Bevölkerung, wo es überhaupt eine kommunistische Bewegung gibt, sind ehemalige tschechische Sozialdemokraten, die Kommunisten geworden sind, in der erdrückenden Mehrheit, denen ein kleines Häuflein deutscher Arbeiter angegliedert ist — wenn also deutsche Arbeiter Kommunisten wählen, so votieren sie nicht für die Arbeiter- und Bauernregierung, sondern tritt nur eine Verfestigung der nationalen Machtverhältnisse ein, aus der die tschechnationale Politik neue Kräfte ziehen dürfte. Schmeral, dem größten Opportunisten in der tschechoslowakischen Republik, ist es nicht gelungen, eine große Anzahl deutscher Arbeiter in eine tschechische Partei einzufangen, ohne mit ihnen über eines der wichtigsten Probleme dieses Staates, über die nationale Frage, Klarheit zu schaffen. Nun will Herr Schmeral, der linke Flügelmann der tschechischen allnationalen Koalition, unter der Parole der Arbeiter- und Bauernregierung, wiederum an die Verfestigung der nationalen Machtverhältnisse mitarbeiten. Aber so wenig es ihm bei der Gründung der kommunistischen Partei gepflückt ist, größere Massen deutscher Arbeiter auf den Leim zu bekommen, so wenig wird ihm dies auch bei den Gemeindevahlen gelingen.

„Wir werden unbedingt überall selbständig kandidieren.“

Worte und — Taten der Gelben.

Noch lange vor Ausschreibung der Wahlen posante es der nationalsozialistische Duzer „Tag“ in die Öffentlichkeit, daß die Gelben bei den Gemeindevahlen „unbedingt überall selbständige Listen“ aufstellen werden. Vor einer Woche sagte der Parteitag der Gelben in Eger einen dementsprechenden Beschluß, der auch im

Wahlanruf der Nationalsozialisten wiedergegeben ist, und in der gestrigen Nummer des „Tag“ wurde die „feststehende Wahlordnung“ unbedingt selbständiger Listen in gesperrten Lettern nochmals hervorgehoben. So lauten die Worte der Nationalsozialisten; ihre Taten aber sehen folgendermaßen aus: am Mittwoch berieten die bürgerlichen Parteien von Olmütz über eine „Wahlvereinbarung“, die denn auch in Form einer „deutschen Wahlgemeinschaft“ zustande kam. Dieser Wahlgemeinschaft gehören — nach dem Bericht eines bürgerlichen Blattes — die Deutschdemokraten, die Deutschen Nationalen, die Nationalsozialisten, die Bündler und die Christlichsozialen an. In Olmütz feiert also der Deutsche parlamentarische Verband in Miniatur seine Auferstehung unter waderer Mithilfe der Gelben, die zwar von unbedingt selbständigen Kandidaturen reden, in der Praxis aber mit dem übrigen Bürgerium gemeinsame Sache machen, stramm die Listen wählen, die von Juden geführt werden, und selber Mandate mit jüdischen Stimmen zu erwerben trachten. Wozu hätte sonst auch Jung auf dem Egerer Parteitag eine stundenlange Rede über den dringend notwendigen Knäuf gegen das „jüdische Gift“ gehalten?!

Kommunisten unter sich.

Die gestrigen tschechischen Abendblätter veröffentlichten Berichte über die letzte Mitglieder- versammlung der kommunistischen Partei in Klado, in der ein lebhafter Kampf um die Aufstellung der Kandidaten entbrannt ist. Alois Muna wollte nämlich, da er nicht Volkstommisär geworden ist, wenigstens Stadtrat von Klado werden. Aber sein Plan stieß auf den Widerstand der Kladoer Kommunisten. Der Verlauf der Versammlung war sehr stürmisch und ein großer Krach erhob sich in dem Momente, als bekannt gegeben wurde, daß Alois Muna an die Spitze der Kandidatenliste gestellt werden soll. Im Laufe der wilden „Debatte“ kam es zu einer Kauferei, in der es Fausthiebe regnete und Sessel in der Luft geschwungen wurden, sodas die Verteiliger der Kandidatenliste ihre Zerknirschung in einem nebengelegenen Tanzlokal schenken mußten. Die Kandidatenliste mit Muna mußte zurückgenommen werden und an seine Stelle wurde ein gewisser P a b e l gesetzt. Im weiteren Gange der Versammlung wurde J a p o t o c h y aufgefordert, das Generalsekretariat der Partei in Prag zu verlassen und nach Klado zurückzukehren.

Der Beschluß der Kladoer stieß aber auf den Widerstand der Prager kommunistischen Führung, die anordnete, daß Muna kandidiert werden müsse. Und so traten einige Volkshewerführer zu einer Beratung zusammen, stürzten ruhig den Beschluß der Kladoer Versammlung um, setzten Alois Muna auf die Kandidatenliste, der also vielleicht doch Stadtrat werden wird.

Eine nationalsozialistische Niederlage.

Die deutschen Nationalsozialisten haben den Wahlkampf recht ungünstig eingeleitet. In W a n n o w bei Aussig wollte Hans Krebs unter der Maske einer Versammlung auf geladene Gäste eine öffentliche Wählerversammlung abhalten, bei der er sich die Gäste an Ort und Stelle selbst auszusuchen gedachte. Unsere Genossen aber nahmen diesen Schwindel nicht stillschweigend hin und erschienen in der Versammlung in so großer Anzahl, daß dem edlen Krebs gar bald bange ward. Er wagte es nicht, über Gemeindeangelegenheiten zu sprechen, sondern sprach eineinhalb Stunden lang über die Friedensverträge. Die Gemeindevahlen streifte er nur in drei oder vier Sätzen, wobei er selbst zugab, daß es nicht Schuld der Sozialdemokraten ist, wenn nicht mehr erreicht werden konnte, da diese mit all den ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, die die bürgerliche Wirtschaft 1919 hinterließ. Genosse Böllna antwortete dem Krebs in beherzt schlagender Weise, daß die Gelben wiederholt nachgedacht wurden. Besonders die aus Aussig mitgebrachten „Ordner“ des Krebs wären beinahe an die Luft beordert worden. In seinem Schlussworte erklärte Krebs, es nicht nötig zu haben, auf die Vorwürfe des Genossen Böllna zu antworten, offenbar, weil er eben nichts zu antworten hatte. Obwohl sich noch eine Anzahl von Wählern zu Worte gemeldet hatten, schloß der Vorsitzende die Versammlung, das Häuflein vom Hakenkreuz zog betrunken ab. — Das beste aber war, daß über Ersuchen der nationalsozialistischen Partei drei Gendarmen nach W a n n o w

nun beordert worden waren. Zum Schutz vor ihren Volksgenossen hatten die Hakenkreuzler tschechoslowakische Gendarmen verlangt.

Die Deutschnationalen setzen ihre Wahlmanöver fort.

Auch in Böhmischem Land haben die Deutschnationalen eine ganze Menge von Kandidatenlisten aufgestellt. Jeder „Stand“ bekommt etwas ab. Für das Großbürgertum, das sind die Fabrikanten und die sich dazu zählen, kandidieren sie als „Deutsche Nationalpartei“.

Aus der tschechischen Wahlbewegung.

Die tschechische Wahlbewegung bietet ein lebhaftes Bild. Jeden Tag melden neue Gruppen und Grüppchen ihre Kandidaturen an. In einer Reihe von Orten kandidieren Soldaten, Legionäre, Studenten mit eigenen Kandidatenlisten.

In Prag wurden gestern auf den Straßen Flugblätter der „Partei der tschechoslowakischen Heimat“ — so nennen sich nämlich die tschechischen Hausbesitzer — verteilt, in denen versichert wird, daß die Hausherrenpartei „direkt zugunsten der Armen der Armen“ arbeitet.

Der Wahlkampf unserer Prager Genossen

wurde mit einer vorgestern abgehaltenen Mitgliederversammlung der deutschen sozialdemokratischen Bezirksorganisation Prag eingeleitet. Der Saal des „Goldenen Kreuzes“ war dicht gefüllt: Es waren auch zahlreiche Genossen gekommen, die seit der kommunistischen Zerstörungsbauarbeit nicht mehr am Parteileben teilnahmen.

Die deutsche sozialdemokratische Kandidatenliste in Prahburg ist bereits Mittwoch vormittags überreicht worden. Unsere Genossen sind demnach die ersten, die den Wust der bürokratischen Arbeiten, die zu vollführen notwendig sind, bewältigen.

Die drohende Gefahr.

Demütigende Forderungen Italiens an Griechenland

An der griechisch-albanischen Grenze, in der Nähe von Delvina, ist ein furchtbarer Mord geschehen. Die aus fünf Mitgliedern bestehende italienische Abgrenzungskommission, welche in gemeinsamer Arbeit mit einer griechischen und einer albanischen Kommission die endgültige Grenze zwischen Griechenland und Albanien bestimmen soll, ist während ihr Automobil durch einen dichten Wald fuhr, aus dem Hinterhalt überfallen und durch Gewehrschüsse getötet worden.

Die politische Atmosphäre in Griechenland und Albanien ist von Leidenschaften überfüllt, so wie die Griechen mit den Italiern um den Einfluß in Albanien, diesem Grenzstaat des Adriatischen Meeres, rivalisieren, so gibt es in Albanien eine Menge tollkühner, zu allem entschlossener Männer, die keinem Nachbar das Recht der Einmischung einräumen wollen.

Eine Tat der blinden Leidenschaft zum Anlaß nehmen, um planvoll einen Krieg zu entfesseln, ist ein Verbrechen an der Menschheit, ganz besonders dann, wenn der über einen Mord Entrüstete so blutbesiedelte Hände hat wie Mussolini. Sein ganzes System baut auf dem politischen Terror auf und hat Mord und Brand, Galgen und Folter zum „legalen“ Mittel gemacht.

Rom, 30. August. (Savas.) Infolge der Ermordung der italienischen Mission bei der Demarkationskommission an der griechisch-albanischen Grenze hat Ministerpräsident Mussolini an Griechenland eine schriftliche Note gesandt, in

welcher er eine offizielle Entschuldigung durch die höchsten griechischen Militärbehörden und ein feierliches Begräbnis der Opfer in Anwesenheit aller Mitglieder der Regierung fordert.

Am den Eindruck zu beseitigen, welchen der Mord in der italienischen Öffentlichkeit hervorgerufen hat, veröffentlicht die albanische Gesandtschaft folgende ihr zugekommene Depesche: Die italienische Mission hat sich in Gemeinschaft mit

Paris, 30. August. (Savas.) Die Botschafterkonferenz sandte ein Telegramm nach Athen, in welchem sie mitteilte, daß die französische, englische und italienische Regierung gemeinsam energisch gegen das Attentat in Albanien protestieren und Griechenland auffordern, eine Untersuchung einzuleiten.

Ein Protest der Botschafterkonferenz.

Paris, 30. August. (Savas.) Die Botschafterkonferenz sandte ein Telegramm nach Athen, in welchem sie mitteilte, daß die französische, englische und italienische Regierung gemeinsam energisch gegen das Attentat in Albanien protestieren und Griechenland auffordern, eine Untersuchung einzuleiten.

1 Dollar = 12.000.000 Mark.

Die deutschen Kapitalisten — die Totengräber der deutschen Währung.

Berlin, 30. August. (Eigenbericht.) Der Marksturz setzt sich in einer Weise fort, daß es unzweifelhaft ist, daß die Ursachen dafür in Deutschland selbst und nicht in ausländischen Börsenmanövern zu suchen sind.

Bor der Stilllegung der deutschen Notenpresse.

Berlin, 30. August. (Eigenbericht.) Durch die starkförmige Haltung des Reichsbankpräsidenten, der trotz vieler unabweisender Mißtrauensbezeugungen noch immer nicht von seinem Posten weichen will, ist der Ausbruch eines schweren Kampfes zwischen der Reichsbank und ihren Angestellten unvermeidlich geworden.

Streik in der Berliner Metallindustrie?

Berlin, 30. August. (Eigenbericht.) In der Berliner Metallindustrie droht ein neuer Konflikt. Bei der Festsetzung der Bezüge der Angestellten für August wollten die Unternehmer nur das siebzehnfache des Zulagebetrags bewilligen, während die Angestellten in Anbetracht der viel stärker fortgeschrittenen Teuerung entsprechend höhere Bezüge forderten.

Von Anillings Gnaden.

Berlin, 30. August. Ueber die Unterredung des Reichskanzlers Dr. Stresemann mit dem bayerischen Ministerpräsidenten von Anillings erfaßt der Münchner Korrespondent der „Bosnischen Zeitung“ noch nachträglich, daß sowohl der Ministerpräsident wie Abg. Held bei den Besprechungen ihrer Befürchtung gegen das Ueberwiegen des sozialistischen Einschlags im Reichskabinett sehr offen und ernstlich Ausdruck gegeben haben, daß sich aber die lange Unterhaltung schließlich so gestaltet hätte, daß Dr. Stresemann eine gewisse Beruhigung über die Aufnahme des Kabinetts durch die regierenden Parteien in Bayern mit nach Berlin genommen hätte.

Bayerns Reaktionäre — Unternehmerhölle!

München, 30. August. Ueber der Führung des katholischen Pfarrers Dr. Heim erklärte die bayerische Landesbauernkammer und die Vertreter der bayerischen Organisationen, daß sie sich mit allen Mitteln gegen die neuen Steuererhebungen und alle Besitzenden aufbäumen, sich auf den Endkampf gegen die Berliner Marxistenherrschaft vorzubereiten.

Von Franzosen erschossen...

Paris, 30. August. Nach einer Sabotageaktion ist ein Deutscher auf der Eisenbahnstrecke Dürren-Trier von einem französischen Wachposten erschossen worden.

Den Missionen der übrigen Staaten in Janina aufgehalten. Am 27. d. begaben sich die italienische, die albanische und die griechische Delegation einzeln in Automobilen zur albanischen Front. Die albanische Delegation fuhr als erste, ihr folgte die italienische und zuletzt die griechische Delegation. Als die italienische Delegation auf griechisches Gebiet gelangte, wurde sie von einer bewaffneten griechischen Bande angehalten und General Telfani, Major Corti, Oberleutnant Bonacini, Chauffeur Farneti und der Dolmetsch der albanischen Sprache Cravelli durch Schüsse aus Handgewehren getötet.

Ein Protest der Botschafterkonferenz.

Paris, 30. August. (Savas.) Die Botschafterkonferenz sandte ein Telegramm nach Athen, in welchem sie mitteilte, daß die französische, englische und italienische Regierung gemeinsam energisch gegen das Attentat in Albanien protestieren und Griechenland auffordern, eine Untersuchung einzuleiten.

1 Dollar = 12.000.000 Mark.

Die deutschen Kapitalisten — die Totengräber der deutschen Währung.

Berlin, 30. August. (Eigenbericht.) Der Marksturz setzt sich in einer Weise fort, daß es unzweifelhaft ist, daß die Ursachen dafür in Deutschland selbst und nicht in ausländischen Börsenmanövern zu suchen sind.

Bor der Stilllegung der deutschen Notenpresse.

Berlin, 30. August. (Eigenbericht.) Durch die starkförmige Haltung des Reichsbankpräsidenten, der trotz vieler unabweisender Mißtrauensbezeugungen noch immer nicht von seinem Posten weichen will, ist der Ausbruch eines schweren Kampfes zwischen der Reichsbank und ihren Angestellten unvermeidlich geworden.

Streik in der Berliner Metallindustrie?

Berlin, 30. August. (Eigenbericht.) In der Berliner Metallindustrie droht ein neuer Konflikt. Bei der Festsetzung der Bezüge der Angestellten für August wollten die Unternehmer nur das siebzehnfache des Zulagebetrags bewilligen, während die Angestellten in Anbetracht der viel stärker fortgeschrittenen Teuerung entsprechend höhere Bezüge forderten.

Von Anillings Gnaden.

Berlin, 30. August. Ueber die Unterredung des Reichskanzlers Dr. Stresemann mit dem bayerischen Ministerpräsidenten von Anillings erfaßt der Münchner Korrespondent der „Bosnischen Zeitung“ noch nachträglich, daß sowohl der Ministerpräsident wie Abg. Held bei den Besprechungen ihrer Befürchtung gegen das Ueberwiegen des sozialistischen Einschlags im Reichskabinett sehr offen und ernstlich Ausdruck gegeben haben, daß sich aber die lange Unterhaltung schließlich so gestaltet hätte, daß Dr. Stresemann eine gewisse Beruhigung über die Aufnahme des Kabinetts durch die regierenden Parteien in Bayern mit nach Berlin genommen hätte.

Bayerns Reaktionäre — Unternehmerhölle!

München, 30. August. Ueber der Führung des katholischen Pfarrers Dr. Heim erklärte die bayerische Landesbauernkammer und die Vertreter der bayerischen Organisationen, daß sie sich mit allen Mitteln gegen die neuen Steuererhebungen und alle Besitzenden aufbäumen, sich auf den Endkampf gegen die Berliner Marxistenherrschaft vorzubereiten.

Von Franzosen erschossen...

Paris, 30. August. Nach einer Sabotageaktion ist ein Deutscher auf der Eisenbahnstrecke Dürren-Trier von einem französischen Wachposten erschossen worden.

Kobbach, der unshu'braße Engel.

Berlin, 30. August. Das gerichtliche Verfahren, das gegen Oberleutnant Kobbach in Angelegenheit des sogenannten Reichswehrblodes Kobbach in Magdeburg eingeleitet worden war, ist jetzt vom Oberreichsanwalt wieder eingestellt worden, da entgegen den Behauptungen der Linkspresse eine Beteiligung Kobbachs an den reaktionären Umtrieben in Magdeburg sich nicht nachweisen ließ (?). Dagegen bleibt Kobbach wegen der anderen gegen ihn erhobenen Anklagen vorläufig noch in Haft.

Der Kampf um die deutsche Republik.

Ein führender Genosse schreibt in einem Briefe an hiesige Parteifreunde unter anderem folgendes über die Situation in Deutschland:

„Die Depressionen, die durch den ungeschicklichen Marxismus hier einsetzten, waren furchtbar. Die gefühlsmäßige Einstellung der Bevölkerung neigte zur Katastrophe. Die reine Verzweiflung war es, die sich der Kommunisten insbesondere bemächtigte; auf diesem Instrumente spielen sie in der Tat vorzüglich. Nur wirken ja Verzweiflungsausbrüche, die in Herdenginsten endigen, nicht aufbauend, sondern schaffen nur größeres Elend. Die Partei hat sich nach schwerem Kampfe zur großen Koalition entschlossen, weil es Rechtsregierung oder Arbeiterregierung, mit dem Ausgange der eventuell kommenden Säbelherrschaft, also ein viel größeres Elend zu vermeiden galt. Die sogenannte kleine Koalition war nicht möglich, und so trat für die sozialdemokratische Partei die Stunde ein, in der sie sich die Frage vorlegen mußte: Ist die Partei Selbstzweck oder Mittel zum Zweck. Es ging um die Erhaltung der deutschen Republik, um die Zukunft des deutschen Volkes. Mit keinem Geschick ist das Geschick der Sozialdemokratie untrennbar verbunden. Das Volk zu retten, mußte das Waagnis unternommen werden, gegebenenfalls die Partei zu opfern. Heute kann ich sagen, daß wir in der Partei Verständnis gefunden haben für die Zwangslage, in der sich die Fraktion befand. Die Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, stellen den Kampf der Staatsautorität, die schwach und ohnmächtig ist, gegen die deutsche Wirtschaft dar. Dieser Kampf muß mit allen Mitteln zum Siege der Staatsautorität durchgeführt werden. Unsere Schwerindustrie, die Verderberin Deutschlands im Innern, muß auf die Knie gezwungen werden. Ich bin überzeugt, daß man bei uns alles daransetzen wird, um dieses Ziel zu erreichen.“

Mussolini über die Ruhrfrage.

Rom, 30. August. (Stefani.) Mussolini hält im Ministerrat eine Rede über das Ruhrgebiet. Er erinnert an die im Senat am 8. Juni abgegebenen Erklärungen, in denen er die Stellung Italiens in folgenden vier Punkten präzisiert:

- 1) Deutschland kann und muß den Betrag zahlen, der bereits, wie es scheint, allgemein festgesetzt wurde und der weit entfernt ist von den vielen Hundert Milliarden über die einen Tag nach dem Waffenstillstand gesprochen wurde.
- 2) Italien könnte keine territorialen Forderungen ertragen, die zu einer politischen, wirtschaftlichen und politischen Hegemonie führen würden.
- 3) Italien ist bereit, auch seinerseits, wenn es notwendig sein wird, einen Teil der Opfer

für die wirtschaftliche Wiederanfristung Europas beizutragen.

4) Die italienische Regierung behauptet heute mehr wie je, daß das Reparationsproblem und das Problem der interalliierten Schulden eng miteinander verknüpft sind, in gewissem Sinne aber gegenseitig von einander unabhängig sind.

Mussolini fügte hinzu, daß bezüglich des Punktes 1 jetzt der Betrag von 50 Milliarden als möglich festgesetzt wurde, der auch im Memorandum der italienischen Regierung angeführt wurde. Was die territoriale Hegemonie betrifft, so bestätigten die Erklärungen Poincarés, daß die französische Politik zwar nicht solche Ziele verfolgt, daß er (Mussolini) aber die Okkupation des Ruhrgebiets als Pfand für den Fall, daß Deutschland nicht bezahlt, billigt. Neue Tatsachen liegen nicht vor. Eine solche neue Tatsache könnte die ausdrückliche Erklärung Englands sein, daß es die Schulden in der Weise annulliert, daß auch die Alliierten im gleichen Verhältnis ihre Forderungen an Deutschland reduzieren. Ein solches neues Faktum wäre ferner die Erklärung Deutschlands gewesen, daß es den passiven Widerstand aufgibt. Vorläufig sind die einzigen Tatsachen die Ausstellung des Kabinetts Stresemann und eine gewisse Autonomie, die Belgien in seiner Note England vorgeschlagen hat.

Nach der Zusammenkunft Benes-Mussolini.

Rom, 30. August. (Gava.) Die „Agenzia Stefani“ verkündet, daß die Unterredungen zwischen dem Ministerpräsidenten und dem schiff. Minister Dr. Benes die Probleme der allgemeinen Politik der beiden Länder betrafen. Die beiden Minister einigten sich dahin, daß die Richtlinien des gemeinsamen Vorgehens beibehalten und auch fernerhin auf den Grundfragen der Durchführung der Friedensverträge und der Zusammenarbeit zwecks Erhaltung des Friedens in Zentraluropa begründet sein soll. Zugleich wurden verschiedene wirtschaftliche und juristische Fragen eingehend durchberaten, von denen einige endgültig gelöst wurden und andere im Laufe der Verhandlungen über die Tarifkonvention zu Ende beraten werden. Bezüglich der letzteren beschloßen beide Regierungen, die Erörterung bereits in den ersten Tagen des Monats Oktober in Rom zu beginnen.

Minister des Aeußern Dr. Benes erklärte einem Vertreter der „Agenzia Stef.“, er verlasse Rom sehr befriedigt über die Aufnahme, die ihm in Italien zuteil wurde. Er sei aber insbesondere sehr glücklich über die geleistete vorzügliche Arbeit, vor allem in wirtschaftlicher Beziehung. Alle unerledigten Fragen wurden durchbesprochen und in der Hauptsache erledigt. Zwischen Italien und der Tschechoslowakei gibt es keine Differenzen und „kann es keine solchen geben“. Im Gegenteil liegen für beide Staaten viele Gründe vor, in voller Harmonie vorzugehen. Dr. Benes bemerkte, daß ein vollständiges Einvernehmen bezüglich des Austausches der Ratifikationsurkunden des im Monate Feber vereinbarten, den Handelsverkehr zwischen den beiden Ländern und dem Triester Hafen betreffenden Abkommens erzielt wurde. Italien und die Tschechoslowakei sind im Geiste derselben herzlichsten Freundschaft wie während des Krieges vorgegangen. Dr. Benes er-

mergen, ob eine Abweichung vom Normalen nur dann eintreten kann, wenn die Reizellen von den Reizen der Außenwelt beeinflusst werden, oder ob es genügt, daß die übrigen Körperzellen davon getroffen werden, ob die „Anpassungen“ sich aus kleinsten Anfängen entwickelten oder plötzlich sprungweise ausstraten und sogleich vererbbar waren, ob endlich die Nachahmer sich dessen bewußt sind, daß ihre Tracht ihnen Schutz gewährt oder ob sie rein triebmäßig solche Umgebung aufsuchen, in der ihr Kleid verschwindet: Das alles sind Fragen, die heute auch von den Fachleuten sehr verschieden beantwortet werden.

Elektrizität in Amerika. Der Elektrifizierungsprozeß, das heißt die Ausdehnung der elektrischen Beleuchtung, des elektrischen Antriebes der Maschinen, des elektrischen Betriebes der Eisenbahnen usw., macht in Amerika so gewaltige Fortschritte, daß ihm kein anderes Land der Erde auch nur annähernd Ähnliches zur Seite stellen kann. Die Schnelligkeit, mit der sich diese Entwicklung jenseits des Ozeans vollzieht, läßt sich am besten daraus erkennen, daß die verschiedenen amerikanischen Elektrizitätsgesellschaften während des Jahres 1922 nicht weniger als 750 Millionen Dollars aufwendeten, um neue Zentralen und Leitungen zu bauen. Nach den bis jetzt vorliegenden Plänen sollen innerhalb der nächsten sechs Jahre weitere vier Billionen Dollars (4.000.000.000.000 Dollars) für die Elektrifizierung Amerikas und insbesondere dafür ausgegeben werden, um die Wohltagen des elektrischen Stromes, die bisher vielfach auf die Städte beschränkt waren, auch über das flache Land zu verbreiten. Man geht angesichts des ständig zunehmenden Autoverkehrs — jeder vierte Einwohner besitzt jetzt in Amerika schon ein Auto — sogar mit dem Gedanken um, auch die Landstraßen elektrisch zu beleuchten und so „weiße Wege“ zu schaffen, auf denen sich der nächtliche Kraftwagenverkehr in hellster Beleuchtung vollzieht. Die Statistik erweist, daß für jeden Dollar, den die amerikanischen Elektrizitätsgesellschaften für die Anlagen elektrischer Zentralen und Leitungen ausgeben, 80 Dollars dadurch gewonnen wurden, daß man den Strom in Maschinen ausnützt, oder daß man ihn sonst gewinnbringend verwertet.

fläre schließlich, er beabsichtige, eine Politik der Loyalität und festen Freundschaft gegenüber Italien zu verfolgen.

Statt Galgen — Zuchthaus.

Paris, 30. August. Nach einer Meldung des „Matin“ aus Brüssel hat sich der Ministerpräsident gegen die Hinrichtung der im Falle Graff zum Tode verurteilten Deutschen ausgesprochen und Zuchthausstrafen vorgeschlagen. Der Justizminister wird jetzt die Angelegenheit in diesem Sinne dem General Degoutte überreichen, der für die Begnadigung zuständig ist.

Die irischen Wahlen.

London, 30. August. (A. N.) Das Strutinium der irischen Wahlen ist bisher nicht beendet. Es wird gemeldet, daß die Regierungskandidaten 35 Sitze erhielten. Weiters kehren in das Parlament des irischen Freistaates 20 Republikaner einschließlich fünf Frauen zurück. Von den anderen Parteien erhielten: die Labour Party acht, die Bauernpartei acht, die Unabhängigen zwölf Sitze. Alle Minister des irischen Freistaates erscheinen wiedergewählt.

Der Prozeß Dehme. Das Leipziger Reichsgericht hat nach fünftägiger geheimer Verhandlung den Berliner Journalisten Walter Dehme wegen verübten Verrates militärischer Geheimnisse zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Urteilsbegründung läßt darauf schließen, daß Dehme sich ungefähr dieselben Verfehlungen zuschulden kommen ließ wie Fehrenbach, doch mußte der auf elf Jahre ins Zuchthaus, während Dehme mit einem Jahr Gefängnis davonkommt. Er gab eine Geheimkorrespondenz „Wipost“ heraus, die nur ganz wenigen Vertretern fremder Mächte in die Hand kam und sie über manches früher informierte, als die Öffentlichkeit es erfuhr. Als Gegendienst erhielt Dehme manche Informationen, die wieder Deutschland zugute kamen, von einer bewußten oder absichtlichen Schädigung seines Landes kann keine Rede sein. Außerdem lieferte Dehme, gleich Fehrenbach, dem Gaager Büro „Transatlantik“ Berichte. Professor Timme, ein Sachmann ersten Ranges, bezeichnete das Büro als „einigermaßen deutschfreundlich“, das Reichsgericht stellte ausdrücklich fest, daß die Tatsache der Mitarbeit allein keinerlei Landesverrat bedeute. Damit fällt die Hauptgrundlage des Freispruchurteils, zumal Dehmes Berichte mindestens so vertrauliche Angelegenheiten betrafen, wie jene Fehrenbachs, völlig in sich zusammen. Das Bahrtsche Oberlandesgericht, das jetzt den Zuchthauspruch des Münchner Volksgerichtes überprüft, wird an der Feststellung des Leipziger Reichsgerichtes nicht vorbeikommen können. Prinzipiell ist zur Verurteilung Dehmes zu sagen, daß es sich bei ihm nicht um journalistischen Nachrichten-, sondern um diplomatischen Informationsdienst gehandelt hat. Da bedarf es gewiß vielen Talentes und bedeutenden Pflicht- und Verantwortungsgefühls, um die berechtigten Interessen des eigenen Landes niemals zu verlassen. Dem Staat kann das Recht nicht verwehrt werden, zu überprüfen, ob sich der Informierende in diesen Grenzen hält oder nicht. Ob freilich die gegenwärtige deutsche Justiz, die vom Klassen- und vom nationalstiftischen Geist durchseucht ist, sich genug Objektivität bewahrt hat, um solche Überprüfung vorzunehmen, darf flüchtig bezweifelt werden.

Die Zukunft der Polarländer. Seit jeher nährt der Süden gegen den Norden ein Vorurteil, das unvorsichtiger scheint. Schon Tacitus konnte es nicht verstehen, daß jemand die Ebnen Italiens oder die Küsten Mexikos verließ, um sich jenseits der Alpen ein Heim zu schaffen, und die ersten Reisenden betont immer aufs neue, daß Britannien und Skandinavien für Menschen unbewohnbar seien. Man erinnert sich beispielsweise auch, daß 1807 Rußland Moska für hochen Millionen Dollars abtat, ein Gebiet, das im Jahre 1918 allein aus dem Verkauf von Kohlenkohlen eine Einnahme von 22 Millionen Dollars ergab. Aus der Beispiele für die Verknüpfung des Nordens gibt es unzählige. In einem eben erschienenen Buch des Engländers Stephanson, das den Titel „The Northward Course of Empire“ führt, tritt der Verfasser diesem Vorurteil schärf entgegen. Wenn die Bevölkerung in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts im gleichen Verhältnis wächst, wie in der Vergleichszeit des vorigen, so wird das Verstral bald so selten werden, wie es heute der Kaviar ist, führt der englische Schriftsteller aus. „Die arktische Region, die insgesamt doppelt so groß ist wie das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten, könnte angefaßt ihrer ungeheuren Weiteflächen Reichtümer und Wohlwollen in Mengen zu erschöpfen bieten. Beide Tiergattungen eignen sich für das Klima und würden in jeder Jahreszeit Nahrung finden. Das Reichtumsteil steht hinter dem besten Ochsenfleisch nicht zurück und ist bereits schon heute am Markt. Innerhalb von zwanzig Jahren könnte Nord-Moska 1.250.000 Reichtümer zum Schlachten liefern, was dem Wert von 3.000.000 Hammeln gleichzuachten ist.“ Die Frage, ob man in der arktischen Region leben kann, beantwortet Stephanson mit einem einschneidenden Ja. Die Annahme, daß der hohe Nord-Nord ein entlich kaltes Gebiet sei, beruht auf einem Irrtum. Es handelt sich auch gar nicht darum, unmittelbar am Pol zu wohnen. Das man sich an große Kältegrade gewöhnt, beweist überdies die Tatsache, daß beispielsweise im Staate Montana die Kinder bei einer Kälte von 35 Grad Celsius täglich in die Schule gehen.

Tages-Neuigkeiten.

Die deutschbürgerliche Journaliste.

Am Mittwoch fand, wie wir gestern gemeldet haben, das gerichtliche Nachspiel zur Gasardspiel- und Selbstmordaffäre des Bankbeamten Brod statt. Wochen vorher wußte die Öffentlichkeit bereits davon, im Gerichtssaale, in dem sich die Direktoren und Berufsspieler, die in die Affäre Brod verwickelt sind, zu verantworten hatten, drängte sich am Mittwoch auch eine Schar von Journalisten, um — handelte es sich doch um eine Sache, die seinerzeit in Prag berechtigtes Aufsehen erregt hatte — die Öffentlichkeit über den Prozeß genauest zu informieren.

Die Geschäftigkeit, vornehmlich der bürgerlichen Journalisten mußte einen überraschen. Hat doch die bürgerliche Presse Praggs seinerzeit die Affäre Brod vollständig totgeschwiegen, da zwei Bank- und einige sonstige Direktoren in sie verwickelt waren. Die „Pressfesten der Deutschen Praggs“ konnten doch die ihnen ebenbürtigen „Stützen der Prager deutschen Gesellschaft“ nicht im Stich lassen!

Die Geschäftigkeit der bürgerlichen Journalisten während der Verhandlung gegen die Gasardreue war aber auch nur ein Wandover. Denn wer gestern das bestinformierte „Prager Tagblatt“ in die Hand nahm und den Bericht über das gerichtliche Nachspiel der Brodaffäre nachlesen wollte, wurde bitter enttäuscht. Alles konnte er da erfahren, nur nicht das, was ihn am meisten interessierte: ob Direktor Rosenbaum von der „Länderbank“ vor Gericht die Affäre auch so geschickt verschleierte hat wie er sie seinerzeit in den Spalten des „Tagblattes“ unterdrückte. Das „Tagblatt“, das über jeden Diebstahl eines Dienstmädchens zu berichten weiß, schweig sich gestern über die Brodaffäre abermals aus. Was hätten auch jene Beamten der „Länderbank“, die noch immer das „Tagblatt“ lesen, und vor allem, was hätte die Prager „Gesellschaft“ zum Direktor Rosenbaum gesagt, der doch zugeben mußte, daß er mit Berufsspielern Baccarat gespielt hat! Steber also schweigen. Denn Schweigen ist — Gold!

Die „Bohemia“ hat diesmal dem „Tagblatt“ den Rang abgelaufen. Sie brachte über die Verhandlung einen Bericht. Doch wer nun glaubt, daß die „Bohemia“ ein ehrliches Blatt zu werden beginnt, sieht sich auch hier betrogen. Der „Bohemia“ Berichterstatter ist nämlich ein Schlauer! Er brachte, was seinem Blatte und dem Großkapital wofen konnte, und alles, was der „Prager Gesellschaft“ hätte unangenehm werden können, ließ er einfach weg. Den Namen Rosenbaum — bit' Sie, in einer „deutschen Zeitung“ ein so typisch jüdischer Name — findet man im ganzen Bericht überhaupt nicht. Auch der Name des Selbstmörders (Brod) wird wohlweislich verschwiegen. Zum Schluss heißt es dann: „Das Gericht . . . sprach hingegen zwei an derere Angeklagte frei, da diese ihre Unschuld vollkommen nachweisen konnten.“ Was, das ist kein gebadet? Man möchte es den „Bohemia“-Ariern gar nicht ansehen, daß sie eine so gute Schule hinter sich haben. Unter den zwei „anderen“ Angeklagten ist nämlich auch Herr Rosenbaum zu verstehen, gegen dessen Freispruch ja der Staatsanwalt die Berufung eingelegt hat. Obwohl nun Rosenbaum zugab, daß er einmal — nur? — Baccarat gespielt hat, denkt sich die „Bohemia“ — handelt es sich doch um einen Bankdirektor! — „Einmal ist keinmal“ und spricht vom Nachweis der vollkommenen Unschuld! Und wenn Herr Rosenbaum dieser „Freispruch“ durch die „Bohemia“ bei der Berufungsverhandlung auch nicht nützen wird — die „Bohemia“, die deutsche „Gesellschaft“ und Rosenbaum sind vorderhand miteinander zufrieden. Vielleicht sandbiert noch Rosenbaum auf der deutschjüdisch-bahnenkreuzerisch-nationalsozialistisch-deutschnational-bauernbändlerisch-christlichsozialen „Einheits“-Liste in den Prager Gemeinderat! Hinpassen würde er.

Natürlich haben auch alle tschechischen Bourgeoisblätter das Nachspiel der Brodaffäre totgeschwiegen.

Die Lügen des Duxer „Tag“. Der Duxer „Tag“ vom Mittwoch brachte die faustdicke Lüge, daß in einem Vertrag den Arbeitern der Mühle Herbig der Großkauf-Gesellschaft sozialdemokratischer Konsumvereine „die zehnjährige Arbeitszeit dekretiert“ wurde und daß ein Arbeiter, „der sich diesem Diktat nicht beugen wollte“, entlassen wurde. Soviel Worte, soviel Lügen. Infolge größeren Absatzes wird augenblicklich in der Mühle mehr produziert und die Arbeiter machen darum dort, selbstverständlich bezahlt, Überstunden. Der betreffende Arbeiter aber wurde seinerzeit bei der Rekonstruktion der Mühle, als der Betrieb stand, nebst einigen anderen Arbeitern entlassen und diese Entlassung stand mit der Überstundenarbeit in gar keinem Zusammenhang. Aus diesem einfachen Sachverhalt machen die Selben eine niederträchtige Verleumdung der Sozialdemokratie, womit sie sich wahrscheinlich den Wahlsatz zu erleichtern versuchen. Glück wird das Lügenblatt des Herrn Anrich dabei nicht haben.

Neu Journalisten. In mehr oder weniger großer Aufmerksamkeit brachten die bürgerlichen Blätter — um nur einige zu nennen: „Prager Tagblatt“, „Morgenpost“, „Leipth-Schöner Anzeiger“ — gestern den Bericht unseres Genossen Thom Shaw über seine Eindrücke im Ruhrgebiet. Ja, sie sind tüchtig, die bürgerlichen Journalisten: sie wissen es sofort, wenn irgendwo etwas los ist, und selbst, wenn es sich um die sozialistische Arbeiterinternationale handelt, sind sie durch ihre „Sonderkorrespondenten“ und „telegraphi-

Aus Natur und Technik.

Das Mimikry-Problem. Die bekannte Erscheinung, daß manche Tiere und auch Pflanzen in Farbe, Zeichnung und Form eine auffallende Ähnlichkeit mit belebten oder unbelebten Gegenständen ihrer Umgebung zeigen, hat schon seit langem die Naturforscher beschäftigt, aber über die Entstehung und den Zweck der Ähnlichkeit ist man sich bisher noch in keiner Weise einig geworden. Professor Dr. Janson gibt im „Kosmos“ einen klaren Ueberblick über die Wandlungen, die diese Frage bisher durchgemacht hat, und er kommt zu dem Schluss, daß das Problem der Mimikry heute weniger geklärt zu sein scheint als je seit seinem Bestehen. Die meisten heute lebenden Naturforscher erklären sich den Verlauf, die Entstehung der Nachahmung, ungefähr so: Der Käuzer, der dem Träger eines ähnlichen Trachtkleides erwacht, ist in vielen Fällen als sicher anzunehmen, in anderen noch zweifelhaft, aber im allgemeinen als gegeben vorauszusetzen. Irgendeiner der Vorfahren eines heute durch seine Ähnlichkeit mit der Umgebung getäuschten Tieres, etwa eines Schmetterlings, erwarb zuerst im Verlaufe seines persönlichen Lebens eine leise Uebereinstimmung, die ihm einen Vorteil vor seinen Mitbrüdern gewährte. Wechsel der Nahrung, Beleuchtung, Temperatur, überhaupt Reize der Außenwelt mögen diese erste Abweichung vom Normalen hervorgerufen, Gebrauch oder Nichtgebrauch sie verstärkt oder geschwächt haben; im ersten Falle konnte sie durch Vererbung auf die folgenden Geschlechter übertragen und im Falle eines durch lange Zeiten wirkenden, gleich gerichteten Reizes der Umwelt immer mehr gefestigt und die Ähnlichkeit vermehrt werden; im anderen Falle verschwand die Abweichung wieder. Was aber die Einzelheiten des Verlaufs angeht, so würde eine Umfrage heute wohl kaum zwei vollkommen übereinstimmende Ansichten zutage fördern; wie das Anwachsen der Abänderungen im Laufe einer langen Geschlechterreihe sich vollzog, ob die natürliche Auslese tatsächlich die Bedeutung hat, die die Darwinisten ihr zusprechen, vor allem, ob sie tatsächlich Neues schaffen kann oder nur Unbrauchbares aus-

schon Berichterstatter" stets am Laufenden. Im Falle Thom Shaw hat zwar der „Sozialdemokrat" schon am Samstag, den 25. August denselben Bericht veröffentlicht, den die bürgerlichen Blätter fünf Tage später auszugswise aus Berlin „telegraphieren" lassen, aber den Bericht des „Sozialdemokrat" haben die großzügigen und fixen bürgerlichen Journalisten Prag und der Provinz wahrheitslieblich „übersehen". Ihrer journalistischen Ehre und Tüchtigkeit sagt es viel besser zu, wenn sie das von der sozialdemokratischen Presse längst Berichtete ein paar Tage später der verehrten Leserschaft als „Telegamm" ihres Berliner Korrespondenten vorsetzen können. Dann sieht die Geschichte wenigstens nach Sensation aus und die „telegraphische" Berichterstattung entspricht doch weit besser dem Charakter des „vornehmen, gut informierten" Blattes.

Die Lohnsklaverei der Bergarbeiter. Während des jetzt andauernden Bergarbeiterstreikes, bei dem die Unternehmer auf ihren angeblich „guten Willen" immer wieder verweisen, verlohnt es sich, der Öffentlichkeit einige Dokumente bekanntzugeben, die noch aus jener „großen Zeit" stammen, in der die Grubenbarone vereint mit der Soldateska wider die sich gegen die unerhörte Lohnsklaverei aufschneidenden Bergarbeiter vorgehen. Das erste Dokument betrifft die „Gesundmachung" krank gewordener Bergarbeiter und lautet:

Rundschreiben. Paul II-Schacht.

Die Weisungen unseres Rundschreibens vom 22. Februar d. J., laut welchem bis auf weiteres die Einleitung militärärztlicher Nachprüfungen wegen der damit gemachten schlechten Erfahrungen untersagt wurde, werden hiemit aufgehoben, nachdem in letzter Zeit eine Aenderung im Verhalten der Militärbehörden eingetreten ist. Es muß aber getrachtet werden, auf jeden Fall rechtzeitig das Einvernehmen mit dem militärischen Leiter über den Zweck der militärärztlichen Nachprüfungen und in Einzelfällen auch mit dem Bruderladearzte, der stets über das Ergebnis der militärärztlichen Ueberprüfung zu unterrichten ist, herzustellen.

Jene Schächte, welche eine Fehlschichtenzahl über 17 Prozent bei der Gesamtmannschaft und über 19 Prozent bei den Häufern aufweisen, mögen sogleich eine entsprechende militärärztliche Ueberprüfung der vermeintlichen Simulanten einleiten.

Teplitz, 13. April 1918. Betriebsdirektion: Baumgartner.

Die weiteren zwei Dokumente beweisen, wie lieblos sich die Grubenbarone für die „Einrückendmachung" von unliebhaften Bergarbeitern einsetzten.

Löbl. f. l. Landsturm-Arbeiter-Komp. Nr. 149, Bruch. (zu Händen des Herrn Oberleutnant Ritschner.)

Wir bitten um Einrückendmachung der auf beiliegendem Verzeichnisse angeführten Bergarbeiter, welche durch Faulheit, Vorküschnung verschiedener Krankheiten und fährliches Benehmen den Betrieb belästigen und auf die hiesigen ruhigen Elemente aufreizend einwirken.

Bruch, 24. Jänner 1918. Betriebsleitung: Johann-Schächte, Bruch. Würdig.

R. l. Landsturm-Arbeiter-Komp. Nr. 149 in Bruch. Gch. 611.

An die Betriebsleitung des Paul II Schachtes in Oberleutendorf.

Bruch, am 24. Jänner 1918. Es wird ersucht, mittels Namensverzeichnis jene Bergarbeiter, welche durch Faulheit aufwieg-

lerisch wirken, ehestens unter eingehender Begründung anher bekanntzugeben, damit um deren Einrückendmachung eingeschritten werden kann.

Ritschner, Odt.

Die Bestimmung unserer Kohlenbarone und ihre „Diebe" zur Arbeiterschaft hat sich seit der „großen Zeit" nicht geändert. Ein Beweis dafür ist der jetzige Streik, den die Kohlenbarone rücksichtslos vom Laun gebrochen haben.

Die Sorgen der „Karodni Demokracie". Unter dem Titel „Die „Prager Presse" verdeutschte die Namen der tschechischen Abgeordneten" schreibt die „Karodni Demokracie": „In dem Referate über die Verfassung des Abgeordneten Dr. Engliš in Preßburg schreibt sie (die „Prager Presse") von Dr. Karol Engliš. Wissen denn ihre Redakteure nicht, daß der genannte Abgeordnete Dr. Karol Engliš heißt? Die Ummodulung der Namen tschechischer Abgeordnete möge das deutschgeschriebene Regierungsblatt der „Bohemia" überlassen." — Kommentar überflüssig!

Abgefahne Devisenhändler. Gestern wurde von zahlreichen Beamten des Polizeipräsidiums in der Grenadierstraße in Berlin eine umfangreiche Suche nach Devisenhändlern vorgenommen. Im ganzen wurden 692 Personen verhaftet, von denen 81 Personen in Haft behalten wurden. Eine größere Menge Devisen wurde beschlagnahmt.

Bilzvergiftung. Aus Hamburg wird uns gemeldet: Infolge Genusses giftiger Bilze erkrankten auf dem Gute Berne bei Ulrichsried drei Söhne des Besitzers, die Erzieherin, zwei Ruhrkinder und zwei Dienstmädchen. Die drei Söhne, die Erzieherin und ein Ruhrkind sind gestorben. Die übrigen Erkrankten befinden sich im Krankenhaus außer Lebensgefahr.

Ein Raubüberfall an der griechisch-bulgarischen Grenze. Eine griechische Bande überschritt unweit des Dorfes Kestendji die bulgarische Grenze und bemächtigte sich vierer Pferde und dreier Maultiere, die mit verschiedenen Waren beladen waren. Die Zollbehörden schritten beim Kommandanten der griechischen Wache ein und forderten die Rückerstattung des Raubes.

Schwere Strafen für Irreguliere. Zwei junge Leute aus Birmingham (England), die in übermütiger Laune einer Kasse einen Wichtkopf an den Schwanz gebunden hatten, wurden fürzlich dafür zu je einem Jahr Zwangsarbeit verurteilt. „Wer an so grauenamen Scherzen Gefallen findet," erklärte der Richter bei der Urteilsverkündung, „soll sich nicht rühmen, daß er mit einer Geldstrafe davon kommt." Nicht minder streng zeigte sich ein Richter in Widdlesborough gegenüber einem Angeklagten, der in schwerer Trunkenheit eine Kasse mißhandelt hatte. „Gerade Betrunkene sind Verren gegenüber stets grausam, die Trunkenheit kann deshalb nicht als Milderungsgrund angesehen werden," erklärte der Richter und verurteilte den Angeklagten zu 21 Tagen Zwangsarbeit.

Die Frequenz der Fluglinie London-Paris. Das englische Luftschiffamtministerium hat interessante Berichte über die ständig steigende Zahl der Reisenden in den englischen Aeroplanen auf der Strecke London-Paris während der letzten drei Jahre veröffentlicht. Im Jahre 1921 wurden 5200 Reisende auf englischen Apparaten befördert. Im folgenden Jahre besifferte sich die Zahl der Reisenden auf 7600. Während der ersten sieben Monate des heurigen Jahres wurden von englischen Aeroplanen 4200 Reisende befördert. Von der Leistungsfähigkeit des Luftverkehrs zeugt die Tatsache, daß während der letzten Jahre sich auf der genannten Strecke kein Unglücksfall ereignet hat.

Das größte Raub der Welt. Das bisher größte Raub der Welt wird gegenwärtig quer durch den Atlantischen Ozean gelegt. Diese Arbeit besorgen englische Raubschiffe über Bestellung der Handels-Raubgesellschaft. Das Ende des Raubes in Amerika wurde bei Long Island gelegt und jenem in England soll in Weston Super Mare gelegt werden. Dieses Raub wird nahezu die doppelte Leistungsfähigkeit der bisherigen größten Raub besitzen.

Eine Räubensache in Südtirol. Vor einigen Tagen kamen in ein Bauernhaus in St. Leonhard nach Mitternacht zwei Männer und verlangten unter der Vorgabe, daß sie Carabinieri seien, Einlaß. Die beiden erklärten dem erschrockenen Besitzer, er hätte durch falsche Zeuerausstellungen den italienischen Staat um 6000 Lire betrogen. Sie mühten ihn auf der Stelle verhaften, wenn er den Betrag nicht sofort erlege und sich bis längstens morgen um 9 Uhr vormittags bei den Carabinieri oder Finanzieri in Trient stelle. Der Bauer, der — wie es scheint — nicht das beste Gewissen gehabt haben dürfte, erlegte den Betrag, kam aber, als er sich am nächsten Tage der Behörde vorstellte, zu seinem Schrecken darauf, daß er von Gaunern belästert worden war.

Spanische Terroristen. Mittwoch drangen Terroristen in das Büro eines Gemüße- und Obstgeschäfts in Barcelona ein, verletzten den Kassier und bemächtigten sich eines Betrages von 6000 Pesetas. Auf der Flucht stießen sie mit der Polizei zusammen. Hierbei wurden neun Spaziergänger und ein Wachmann verletzt. 14 Personen wurden verhaftet.

Zwei britische Missionäre in China ermordet. Die „Daily News" mitteilt, wurden am 2. August zwei britische Missionäre bei Nien-Tsu in der Provinz Sze-Tschwan von Banditen ermordet.

Landesumzug im Berner Oberland. Nach einer in der Station Jungfrauoj eingetroffenen Meldung ist der seit einigen Tagen vermisste englische Tourist Handen und zwei Führer als Leichen an der Westflanke des Finsteraarhorn's gefunden worden.

Mordanschlag gegen einen Millardär in Wien. Der bekannte Wiener Holzgroßhändler, bisher zahlreicher Fabriken und Nachkriegsmilliardär Celler wurde gestern vormittag in seinem Bureau, Wien I., Dr. Karl Lueger-Platz, von seinem Vetter Otto Giesler, der in Baden bei Wien wohnt, angegriffen. Der Täter wurde sofort verhaftet. Giesler wurde von acht Schüssen getroffen und in schwerem Zustande in das Sanatorium Auerberg gebracht. Es handelt sich um eine Familientragödie. Der Täter, früher Kompagnon seines Verwandten, war vor kurzem aus der Firma geschieden, mit der ihm zugehörigende Abfindung aber nicht zufrieden war und behauptet, von seinem Verwandten überlistet worden zu sein, weshalb er heute in das Bureau kam und das Attentat verübte.

Tod eines Feuerwehmannes. In Proschwitz ist am Montag der 58jährige Obersteiger Anton Hampl ein Opfer seiner Stillschlepperei geworden. Dampf wollte aus dem sogenannten Ausgebügelstücken des brennenden Hauses, das seinem Stiefsohn gehörte, Sachen retten, wobei er in den Flammen umkam. Auch andere Feuerwehmannen erlitten bei dem Brande schwere Verletzungen.

Raubüberfall. Mittwoch früh wurde die Bankdirektorwitwe Redziegel in ihrer Villa an der Grünwalder Talferre von drei Männern überfallen, die sie fesselten und ihr mit dem Tode drohten, wenn sie ihnen nicht Geld herausgäbe. Die Räuber konnten aber kein Bargeld in der Wohnung finden und verschwanden hierauf unter Mitnahme von verschiedenen Wertgegenständen.

Eine Betrugsaffäre in Brüx. Vor einigen Tagen stellte sich der Staatsanwaltshof in Brüx freiwillig der 47-jährige Oberstaatsanwalt des Bürgergerichtes Wenzel Staats mit der Angabe, daß er ihm privat und amtlich anvertraute Geldbeträge veruntreut habe. Nach einem Geständnis hatte er aus einem bei Gericht hinterlegten Sparbuch noch und noch in kleineren Beträgen insgesamt 35 000 K gehoben und für sich verwendet. Bisher wurden vier Fälle bekannt, in denen Staats in Streitfällen über die Alimentation intervenierte, sich vom Vater das Geld geben ließ und es für sich behielt. Außerdem gestand Staats noch, daß er der Firma Hirsch in Brüx einen für die Bezirksbankkasse bestimmten Betrag von 25 000 Kronen veruntreut habe. Der Gesamtbetrag der Veruntreuungen dürfte gegen 70 000 bis 80 000 Kronen betragen, doch ist diese Summe zum Teil durch einen Hausbruch des Oberstaatsanwalts gedeckt.

Eine Riste mit 300 000 Kronen gestohlenen Mitteln. wach vorkam auf dem Landhofe in Stantau eine Riste mit Geld, die für das Steuerramt in Pilschostein bestimmt war. In der Riste befanden sich 300 000 K in barem Gelde. Die Riste war in dem Postschuppen deponiert. Als die Postbediensteten kamen, um die Riste in Empfang zu nehmen, war sie verschwunden. Vor dem Postschuppen war für viel Wasser verstreut, was auf besondere Raffinerie der Diebe schließen läßt. Es wurde sofort die Verfolgung der Täter durch die Gendarmen eingeleitet, doch fehlt bisher jede Spur.

Wetterüberblick vom 30. August. Die Wetterlage hat sich in den letzten vierundzwanzig Stunden außerordentlich rasch und stürmisch umgesehen. Der Kern einer tiefen, südlich von Irland angetauchten Isobare (743 Millimeter) hat England passiert und heute Donnerstag früh die Westküste Jütlands erreicht. Der kräftige südliche Ausläufer dieser Depression hatte gestern Mittwoch in der Republik südöstliche Winde bei mäßiger Erwärmung zur Folge; in den Niederungen stieg die Temperatur nachmittags auf 20 bis 24 Grad C. Die Slowakei war fast wolkenlos, der Westen des Staates nach ganz vereinzelt Regenschauern leicht bewölkt und gleichfalls fast besonn. Die Nachttemperaturen erfuhr nur noch in der Slowakei einen starken Rückgang, wo sie sich bis auf fünf Grad in Lufden, auf vier Grad in Enolovec und auf drei Grad C. in Drav. Podjamos herabsenkten. Der Vorbezug des Ausläufers erfolgte in Böhmen heute Donnerstag vormittags, von einem Einbruch westlicher Sturmwinde und starkem Barometeranstieg begleitet, zu einer weiteren Verschlechterung kam es nicht. Auch morgen werden wir uns noch auf der Rückseite der Depression befinden, die sich jedoch sehr rasch entfernt. Höherer Druck aus Südwesteuropa behält vorläufig die Oberhand und wird uns günstig beeinflussen. — Wahrscheinliches Wetter am 31. August: Wechselnd bewölkt, nachts sehr kühl, tagsüber mäßig warm, abflauer Westwind.

Prager Chronik.

Ein allegorisches Moldaudenkmal.

Zur Erinnerung an die Beendigung der Moldauregularisierung wird auf der Judeninsel ein allegorisches Moldaudenkmal errichtet werden. Das auf Kosten des Ministeriums für öffentliche Arbeiten zu errichtende Denkmal wird von dem Bildhauer Bedarek und dem Architekten Prof. Sander, der die architektonische Regelung der Moldauregularisierung geleitet hat, geschaffen werden.

Aus dem Polizeibericht.

Freitag ist der Prager Postbote Jaroslav Kubik in selbstmörderischer Absicht in die Maszocha geloppten. In einem hinterlassenen Brief gibt er als Ursache des Selbstmordes finanzielle Schwierigkeiten an. Kubik wurde mit gerichteteten Gliedern als Leiche geborgen.

(Nachdruck verboten.)

Die Glucksbude.

29

Erzählung von Ernst Preygang.

Ihr nächster Blick ging aus dem Fenster. Zum Garten. Er grub dort in der Sonne an einem Beet. Er wußte noch nichts von diesem Brief; sie konnte ihn verheimlichen. Wie lange? Und wenn dann die Wahrheit plötzlich, ganz plötzlich über ihn kam — einmal mußte sie ja kommen —, wie würde er sie ertragen? Sie sah den gebeugten Rücken, die Brust, die bei jedem Spatensich leuchtete, das gebauchte magere Gesicht, — jetzt konnte sie es ihm nicht sagen. Sie verschloß den Brief und wunderte sich über die eigene Ruhe. Für den Jungen fürchtete sie nichts, sah nur mit einem trauernden Gefühl der Sehnsucht den Ozean zwischen sich und ihm. Ja, es stieg eine Empfindung der Erleichterung in ihr auf, wenn sie daran dachte, daß er nun sicher sei vor Fräulein Dora, vor ihren Reinigungsabsichten und dem Geist jener Leute, die im dunklen Laden mit falschen Gewichten arbeiteten und sich auf der hellen Straße abwandten, wenn sie der Frau begegneten, deren Mann im Gefängnis war, weil er einen Lumpen gequält hatte. Ja, ein Gefühl des Triumphes wachte in ihr empor. Er war frei — frei! Er würde seinen eigenen Weg gehen.

Nur der Mann da draußen! Dieser schwer atmende eiserne Mann, der sich über seine Kräfte anstrenge, um sich und ihr abends von seiner Gesundheit zu lägen. . . der aus seinem alten, angeborenen und anerzogenen Geist heraus Pläne spann, die sich nie erfüllen konnten. . . der die Wahrheit und Wirklichkeit nicht sehen wollte. . . der das Schicksal eines Menschen in eine bestimmte, gradlinige Bahn glauben zwängen zu können. . . er würde diesen Schlag nicht ertragen.

Frau Trude sah ihn vor sich. Wie er im verflochtenen Winter auf seinem Lager geächzt! Ein Grauen packte sie. Nein, das nicht noch einmal. Und nun dachte sie an Doktor Trall. Besterleicht wußte der einen Ausweg. . .

Es fiel Jeremias nicht auf, daß Trude sich nach dem Mittagessen etwas sorgfältiger als sonst anleidete. Nur daß sie ernst war und seiner Heiterkeit mit einem gezwungenen Lächeln begegnete, bemerkte er: „Du machst dir Sorgen, Liebste! Um den Jungen, nicht wahr?" Sie blinnte erstaunt auf.

„Ja, auf; es wird alles gut werden. Wenn er nur erst aus diesem Zigeunerlager heraus ist! Du wirst es Dora noch einmal danken, Trude, glaub' es mir." Und ohne eine Antwort abzuwarten: „Sei wieder fröhlich, Liebste. Ich werde ja von Tag zu Tag gesünder — und was fehlt uns eigentlich? Nichts."

Er sagte ihre Hände. Sie sah in diese guten trüben Augen, auf denen ein trügerischer Schein von Gesundheit schwebte, und war nahe daran, ihm zu sagen: Ja, was fehlt uns eigentlich? Jeremi wird seinen Weg gehen; sah uns den unseren in Frieden zu Ende führen in dem ruhigen Bewußtsein, daß er ein frohes Leben lebt. Denn darauf kommt es an!

Aber sie sagte es nicht. Sie küßte ihn und ging. — Man wollte sie nicht verlassen beim Arzt, weil die Sprechstunde noch nicht gekommen sei. Aber er hatte ihre Stimme gehört, kam heraus und ließ sie eintreten.

„Es ist schlimmer geworden. Schon?" Er sah zum Fenster. Die Augustsonne schien warm und voll. „Bei diesem Wetter?" „Nein. Nicht deshalb. Hier." Sie reichte ihm den Brief von Friedrich und das Blatt Jeremis. Er las. Dann sah er sie lachend an: „So ein Teufelsjunge! Na, ich gratuliere Ihnen, Frau Lattenbach. Der hat keine mondächtigen Träume

mehr, darauf möchte ich wetten! Wie alt ist er? Noch nicht vierzehn? Und turnt übers große Wasser, ein berühmter Artist zu werden! Alle Achtung! Der Bengel gefällt mir. Ich beneide Sie um den Jungen, Frau Lattenbach. Es ist Ihnen natürlich nicht so ganz recht. Begreif ich. Ein Mutterherz liebt in solchen Fällen die Ozone nicht. Aber was bedeuten sie in unseren Tagen? Entfernungen? — ach was! . . ."

Er blieb vor ihr stehen, weil er sah, daß ihre Augen nass wurden. „Oder der Beruf? Gewiß, mancher hat sich das Genid bei dieser Art von Broterwerb gebrochen. Andere sind grau und alt dabei geworden. . . Also nur keine Sorge. Er ist gesund. Er ist guter Dinge. Was weiter?"

Frau Trude nickte und reichte ihm die Hand. Um das alles war sie ja nicht gekommen. Aber es tat ihr ungemein wohl, den Arzt das ausprechen zu hören, was sie selber empfand und dachte.

„Mein Mann weiß es noch nicht, Herr Trall." Sie entdeckte ihm Jeremias' Pläne, seine Denkart und Hoffnungen. „Es ist gar keine Frage, daß es ihn fürchterlich aufregen wird. Darf ich es ihm unter diesen Umständen sagen?"

„Nein!" Er lehnte sich schnell zu ihr. „Auf keinen Fall! . . . Das heißt — er sah sie fragend an — „wenn er es nun doch erfährt? Durch irgendeinen Zufall? Und richtig, er erwartet ja die Antwort auf seinen Brief. Bleibt sie aus, so wird ihn schon das beneidigen, selbst wenn Sie alle Briefe des verurteilten Jungen abfangen würden, — was auch mal mißlingen kann. . . Wir sitzen da in einer schönen Passche, Frau Gertrud. In einer ganz fatalen Situation." Er setzte sich in seinen Schreibstisch und sah zur Decke. . . „Oder ich müßte lügen."

„Wie?" Frau Trude horchte auf. „Was meinen Sie?"

Er zog ein mürrisches Gesicht. „Sie ahnen nicht, was unsereiner zusammenschwindeln muß,

um die geehrten Patienten bei Laune zu erhalten. Es ist ekelhaft."

Sie mußte lächeln. Er stand auf und ging mit erregten Schritten auf und nieder. „Man gibt seine ganze Zeitigkeit zu bei diesem Geschäft, Frau Lattenbach. Na, das wäre allenfalls noch zu ertragen. Man hat ja dem Teufel manches zugeschworen und steht sich nicht schlecht mit ihm. Aber diese armen törichten Geschlechter zu sehen, die schon dem Tode verfallen sind und in die man ein kurzes, künstliches Leben hineinsüßt!"

Frau Trude lächelte nicht mehr. Sie erblickte. Er sah es und sagte ihre Hände. „Es wird mir schwerer, als es mir je geworden ist, Frau Lattenbach — aber Sie sind eine tapfere Frau, nicht wahr? — wenn wir Ihrem Mann die Geschichte ein halbes Jahr verheimlichen könnten."

„Mehr geben Sie ihm nicht?"

Er hörte den Schreck und sah nachdenklich zu Boden. „Man kann sich irren. Auf Jahre. Sogar auf Jahrzehnte. Ist alles schon dagewesen: ich glaube nicht, daß Ihr Mann diesen Sommer noch erleben würde." Er suchte die Achseln. Ging zum Fenster. Kam wieder zurück. Blicb vor Frau Trude stehen. Hob wieder die Schultern. Dann reichte er ihr die Hand: „Ich muß es mir überlegen. Vorläufig also jedenfalls: Schweigen, nur Schweigen. Keine Andeutung. Nichts. Keine Erschütterung! Seien Sie freundlich zu ihm. Sehr freundlich." Er nickte bedeutungsvoll, während er ihr in die Augen sah. Sie ging mechanisch hinaus, die Treppe hinab, eine große, große Angst im Herzen. Eine doppelte Angst.

Oben am Fenster stand Doktor Trall, sah ihr nach und murmelte: „Ich werde mir wieder eine schöne Lügengeschichte ausdenken müssen. Hol's der Hund!"

(Fortsetzung folgt.)

Gerichtssaal.

Schubriegel oder Brügelpatent?

Prag, 30. August. Vor einem Straffenrat beim Prager Landesgericht hatte sich heute der Kellermeister Johann Sobotta wegen Verbrechen nach § 14. Absatz 5, des Gesetzes zum Schutze der Republik zu verantworten. Der Absatz 5 des § 14 (Störung des allgemeinen Friedens) lautet:

„Ebenso wird bestraft, wer öffentlich in roher oder verheerender Weise die Republik, eine Nation oder eine nationale Minderheit derart schmähzt, daß es die Würde der Republik herabsetzt oder den allgemeinen Frieden in der Republik oder ihre internationalen Beziehungen bedrohen kann.“

Sobotta sah nämlich am 2. August bei einem Konzerte auf der Prager Schützeninsel. Neben ihm saß am Tische der Polizeialtner Kraus. Auch ein Polizeialtner ließ sich dann später am selben Tische nieder. Sobotta, der nach seiner eigenen Angabe bereits ziemlich viel Alkohol konsumiert hatte, begann mit Kraus ein politisches Gespräch. Er erzählte, was er der Mittelpunkt einer hochpolitischen Affäre. Denn er hatte im Laufe des Gesprächs, das sich natürlich um die Verhältnisse in der Republik drehte, die Äußerung fallen lassen: „Ich habe unter Österreich lieber gebüht.“ Als dann der Polizeialtner Kraus Sobotta ansah, erklärte dieser, es wäre schon hoch an der Zeit, daß die Republik zum Teufel geht. Die Auseinandersetzung wurde immer lebhafter, die Leute an den Nebentischen begannen aufmerksam zu werden und Kraus ließ Sobotta durch den anwesenden Polizeialtner auf die nächste Polizeiwache vorführen.

Bei der heutigen Verhandlung erklärte der Angeklagte, daß er damals volltrunken gewesen sei und nicht genau gewußt habe, was er sagte. Jede Erwähnung des allgemeinen Friedens und Herabsetzung der Würde der Republik sei ihm ferne gelegen. Der Polizeialtner Kraus erklärte dagegen, daß der Angeklagte vollständig nüchtern gewesen sei und daß eine ganze Reihe von den anwesenden Gästen die Äußerungen Sobottas gehört haben müßte.

Der Verteidiger des Angeklagten Dr. Sittel suchte dem Gericht nachzuweisen, daß es sich bei der Tat des Angeklagten nicht um ein Verbrechen gegen das Schubriegel, sondern um ein Verbrechen gegen das Brügelpatent handle.

Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu acht Tagen Arrest, welche Strafe durch die Untersuchungsbehörde verbüßt erscheint. Ueber die Bedingungen der Verurteilung wird der Gerichtshof später Bescheid lassen.

Bei den Bauern gibts la Sünd!

Prag, 30. August. Vor dem Prager Schwurgericht fanden heute zwei Verhandlungen über Schandungen statt. Bei der ersten Verhandlung hatten sich vier Angeklagte aus Bodaupl zu verantworten, die in der Zeit vom Jahre 1922 bis April 1923 mit einem noch nicht vierzehnjährigen Mädchen geschlechtlich verkehrt hatten. Es sind dies der 23jährige Bauernburche Karl Guntermann, der 33jährige Bauer Franz Spousta, sein 31jähriger Bruder Wenzel Spousta und der 37jährige Agent Martin Lederer. Die drei letztgenannten Angeklagten sind alle verheiratet. Der Verkehr der Angeklagten sprach sich im Dorfe herum, bis endlich die Gendarmerie davon erfuhr und dem Treiben dieser Wüstlinge ein Ende machte. Von den Angeklagten leugnete Lederer jedweden Verkehr, die anderen Angeklagten waren geständig. Die Gerichtsarzte erklärten, daß das Mädchen zwar vollkommen entwickelt sei, daß es aber einen so jugendlichen Eindruck mache, daß jeder erkennen müsse, es sei noch nicht 14 Jahre. — Nach durchgeführter Verhandlung wurde Guntermann freigesprochen, Franz Spousta zu neun Monaten, Wenzel Spousta zu acht Monaten und Martin Lederer zu zehn Monaten schweren Kerkers verurteilt. Die Verurteilung erfolgte unbeding.

Bei der zweiten Verhandlung hatte sich der 19jährige Bauernburche Josef Horak aus Weleny wegen des gleichen Verbrechens zu verantworten. Er hat seit dem 28. Dezember 1922 mit der dreizehneinhalbjährigen Germinia R. geschlechtlich verkehrt. Die Eltern des Mädchens sollen nach der Angabe des Angeklagten, der ein reichlicher Bauernlohn ist, von dem Verhältnis gewußt und es gebilligt haben. Als dann der Angeklagte die Anzeige erstattete. — Der Angeklagte wurde schließlich freigesprochen, da die Geschworenen seiner Aussage, er hätte nicht gewußt, daß die Germinia R. noch nicht vierzehn Jahre alt sei, Glauben schenkten.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Morgen Samstag halb 8 Uhr Eröffnung der neuen Spielzeit mit dem neuen Operettenschwank „Die schöne Mama“; Sonntag halb 8 Uhr wegen Erkrankung des Herrn Berger statt „Rajta, die Tänzerin“ Kalmans Operette „Das Hollandweibchen“; Montag halb 8 Uhr. Gastspiel Pepi Glöckner-Kramer in dem Operettenschwank „Die kleine Sünderin“; Dienstag halb 7 Uhr

Goethe-Feier neugestaltet „Gmont“ mit der Musik von Ludwig van Beethoven; Mittwoch halb 8 Uhr Richard Wagners „Aheingold“; Donnerstag halb 6 Uhr „Wallfäre“; Freitag halb 8 Uhr erstes Gastspiel Siegfried Foser-Wien „Raub der Sabinerinnen“; Samstag, den 8. September 7 Uhr „Die schöne Mama“, 10 Uhr Nachvorstellung, Gastspiel Foser. Premiere des neuen Milieu-Schwanks „Amor in Nikolsburg“; Sonntag, den 9. nachmittags Gastspiel Foser „Amor in Nikolsburg“, halb 7 Uhr abends Richard Wagners „Lohengrin“. — Karteverkauf: Der allgemeine Kartenverkauf findet täglich von 9 bis 1 Uhr an der Tageskasse des Neuen Deutschen Theaters statt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

BetriebsEinstellung der Mannesmannwerke.

Der Konflikt im Bergbau zieht immer größere Kreise und täglich neue Opfer bedenkend das Schicksal, auf dem der freibehaftete Stahlsinn einer Handvoll Ausbeuter, die von der übrigen Unternehmenserschaft unterstützt und angeeifert wird, sich schon zwei Wochen austobt. In vielen BetriebsEinstellungen, die wegen Kohlenmangel in den letzten Tagen verfügt wurden, folgt heute die MassenEinstellung der Arbeiter eines der größten Unternehmen in der tschechischen Metallindustrie.

Die Direktion der Komotauer Mannesmannwerke teilte Mittwoch dem Betriebsausschuß mit, daß sie gezwungen sei, ihren Arbeitern zu kündigen, da infolge des Bergarbeiterstreikes die Kohlenvorräte zu Ende gehen. Die Betriebsausschußmitglieder erklärten darauf, daß es notwendig sei, wegen der Wichtigkeit der Sache eine Sitzung des Betriebsausschusses einuberufen. Die Direktion jedoch kümmerte sich um diesen Vorschlag nicht, sondern verlaublich nachstehende Rundmachung:

Da mit Ende kommender Woche unsere Kohlenvorräte erschöpft sein werden, und wir infolgedessen mit übernächster Woche die vollständige Einstellung unseres Gesamtbetriebes vorzunehmen müßten, sind wir leider gezwungen, mit heutigem Tage die Kündigung des Dienstes unserer sämtlichen Arbeiter, zum 3. September l. J. auszusprechen. In allen jenen Abteilungen, wo sich auch nach dieser Zeit die Notwendigkeit der Dienstleistung einzelner erweisen sollte, werden Sonderbestimmungen durch die betreffenden Betriebsleitungen noch erfolgen.

Komotau, am 25. August 1923.

Die Direktion.

Dazu wäre zu bemerken, daß die MannesmannDirektion nicht berechtigt ist, der gesamten Belegschaft auf acht Tage zu kündigen. Dieses Vorgehen kann nur gegenüber jenen Arbeitern in Betracht kommen, mit denen ausdrücklich der Kündigungsauflösungsvertrag vereinbart worden ist. Das trifft bei ungefähr 600 Mann zu. Der andere Teil der Belegschaft, im ganzen etwa 1400 Mann, hat ein Recht auf 14 tägige Kündigung. Es scheint hier ein Versuch vorzuliegen, auf die streikenden Bergarbeiter des Julius-Schachtes, der zu den Mannesmannwerken gehört, einen Druck auszuüben. Aber gleich im vornherein kann gesagt werden, daß dieses Manöver seine Wirkung verfehlen wird. Das Gericht wird zu entscheiden haben, ob das Vorgehen der Werkdirektion in der Kündigungsfrage eine rechtliche Grundlage besitzt, und es ist heute schon für jeden vernünftigen Menschen klar, wie diese Entscheidung ausfallen wird.

Die Kohlenindustriellen sind sich überall die nächsten. Die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie in Berlin tritt dafür ein, daß die Kohlensteuer wieder von der importierten böhmischen Braunkohle eingehoben werde. Die deutsche Steuer war vor einiger Zeit aufgehoben worden, um deutschen Interessenten den Bezug der böhmischen Kohlen trotz der Valuta zu ermöglichen. Infolge der enormen Steigerung der deutschen Kohlenpreise ist aber jetzt die böhmische Braunkohle billiger als die deutsche. Um sich gegen diese Konkurrenz zu schützen, hat die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie den obigen Antrag gestellt, mit dem jedoch die deutsche, namentlich die sächsische, Industrie durchaus nicht einverstanden ist.

Die Lobzer Textilindustrie vom Zusammenbruch bedroht. Aus Lobz wird gemeldet, daß die Lage der Lobzer Textilindustrie immer mißlicher wird. Die Schwierigkeiten werden vor allem durch empfindlichen Vargelmangel verursacht, weshalb die Deckung der Verbindlichkeiten für den Bezug von Rohstoffen unmöglich gemacht wird. Andererseits herrscht auf dem Inlandmarkt ein vollkommener Stillstand. Der schlechte Warenabsatz zwingt die Textilunternehmer zu einschneidenden Lohnreduktionen und Arbeitszeitkürzungen. Wenn keine Besserung der Lage eintritt, droht der Lobzer Textilindustrie die gänzliche Lahmlegung.

Der Feldzug gegen die italienischen Gewerkschaften. Während der zur Herzogswürde aufgestiegene Mussolini die freien, sozialistischen Gewerkschaften in seine Regierung aufnehmen

mühte, führt seine Partei, die faschistische, wieder einen brutalen Kampf um die völlige Vernichtung der noch übrig gebliebenen freien Gewerkschaften. Die Faschisten besetzen die Gewerkschaftsgebäude, beschlagnahmen ihre Gelder und Älten und unter schweren Drohungen zwingen sie die Arbeiter zum Eintritt in die faschistischen Organisationen. Das Zentrum dieses neuen entfachten Kampfes war das bei Bologna gelegene Molinelli und seine Umgebung. In dieser Gegend ist die Gewerkschaftsbewegung sehr stark, die Gewerkschaftler sind fast alle Landarbeiter und kleine Pächter. Allem Terror zum Trotz blieb ein Viertel der Arbeiterchaft in Molinelli bei den sozialistischen Gewerkschaften und es gelang ihnen, einen Teil des Gewerkschaftsvermögens vor der Enteignung zu retten. Die Faschisten haben nach Kämpfen, die zwei Tage dauerten und bei welchen die Sozialisten 30 Verwundete hatten, den Gewerkschaftlern ein Ultimatum gestellt, demzufolge sie innerhalb 48 Stunden in die faschistische Organisation eintreten müssen. Viele Hunderte von Arbeiterfamilien sind unter dem Zwang des Terrors tatsächlich in die faschistische Gewerkschaft eingetreten. Der Protest der Regierung gegen die Gewaltanwendung durch ihre Faschisten nützte wenig, er konnte nur die Verlängerung des Ultimatums bewirken. Die faschistische Miliz, die heute zu einer staatlichen Polizeimacht geworden ist, hat an der Ausübung der Gewalttaten aktiv teilgenommen. In der Frage der Gewerkschaften stellt das Verhalten der Gewerkschaft der Seeleute ein interessantes Symptom dar. Diese Gewerkschaft hat sich als erste den Faschisten angeschlossen. Ihr Führer, d'Annunzio, hat für sie einen Tarifvertrag, den „Patto marinaro“ (Pakt der Seeleute) ausgearbeitet, der ihnen eine Anzahl Freiheiten und Vorteile, die die Seeleute allerdings auch schon vor dem Kriege hatten, gewährt. Die Regierung hat aber das Inkrafttreten dieses Kollektivvertrages unter Berufung auf die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse hinausgeschoben. Die Seeleute fordern dagegen die sofortige Wirksamkeit des Vertrages und d'Annunzio befristete diese Forderung. Die Schiffahrtsgesellschaften bekämpfen den Kollektivvertrag besonders aus dem Grunde auf das heftigste, weil er den Organisationszwang für die ganze italienische Marine nach sich ziehen würde.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Franc	16.50'00
Berlin	Mark	324.000'00
Wien	Österr. Kr.	2085'00

Prager Kurse am 30. August.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1849 00	1858 00
10.000 Mark	8 25	8 75
100 belg. Francs	157 75	159 25
100 schwed. Francs	617 75	620 25
1 Hund Sterling	155 12 50	156 62 50
100 Lire	146 50 00	146 00 00
1 Dollar	34 00 00	34 40 00
100 franz. Francs	192 75 00	194 25 00
100 Dinar	38 75 00	37 75 00
10.000 ungar. Kronen	17 50 00	19 80 00
10.000 poln. Mark	1 42 25	1 43 75
10.000 österr. Kronen	4 60 50	5 16 50

Züricher Schlusskurse am 30. August.

	Geld	Ware
Paris	81 25 00	81 30 00
London	25 20 00	25 22 00
Berlin	0 00 70 50	0 00 06 50
Mailand	23 60 00	23 70 00
Holland	217 70 00	218 20 00
Wien	0 00 77 50	0 00 78 50
Budapest	0 03 00	0 03 25
Bras	16 25 00	16 35 00
New York	5 58 75	5 54 75
Belgrad	5 80 00	5 80 00
Warschau	0 00 21 00	0 00 26 00

Wetterberichte

der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

30. August 1923	Windrichtung und Stärke	Temperatur °C	Barometrischer Stand (0-11)	Wetter	Wolkenbedeckung	Temperatur gef. nach
morgens						
Prag	758 13	S	1/bed.	1/2	21	
Brünn	761 13	SSO	bed.	0	23	
Rehau (Zell)	768 8	—	bed.	0	8	
Stornowag (Debid)	750 8	—	bed.	3	10	
Valencia (Irland)	761 12	W	bed.	6	—	
London	755 11	W	bed.	2	—	
Ulfre (Norwegen)	749 10	O	bed.	1/2	11	
Stockholm	758 11	SO	bed.	1/2	18	
Damburg	749 14	SW	Regen	3	18	
Warschau	763 17	SO	bed.	0	20	
Paris	763 18	WNW	bed.	0	24	
Zürich	763 15	W	bed.	0	20	
Wien	761 13	OSO	bed.	0	20	
Belgrad	763 20	OSO	—	0	—	
Dufareit	—	—	—	—	—	
Warrip (Frankr.)	768 16	O	bed.	1	32	
Florenz	—	—	—	—	—	
Athen	761 26	NNO	heit.	0	—	

Sonnenstunden (Aufdruck nicht rebusiert):
 Donnerstberg 840 m 654 11 SW bed. 0 17
 Zdenetoppe 1610 m 685 4 SW bed. 0 7
 Augsbise 2400 m 582 8 NNW bed. 0 —

Turnen und Sport.

Prager Fußball. Samstag: Slavia gegen Sparta Kofite, DFC gegen Viktoria Zizow. — Sonntag: Sparta gegen Nürnberg, FC Meisterchaft 1. Kl.: Slavia gegen DFC, Viktoria gegen Viktoria VIII, Libek gegen Kufelsty SA, Viktoria Vinohraby gegen Walfstranly SA. — Mittwoch konnte der DFC den erstklassigen Walfstranly SA mühelos 7:1 (2:0) schlagen. DFC schnürte den Gegner in der zweiten Halbzeit vollständig ein. Ein Elfmeter wurde vergeben. — Das Spiel Viktoria Zizow gegen SA Libek mußte am Mittwoch beim Stande 2:2 abgebrochen werden, weil das Publikum in den Platz einbrang. — Donnerstag: AC Sparta gegen Debie Karlin 2:1 (2:0).

Drei neue Weltrekorde im Schwimmen. Stockholm, 30. August. Der berühmte schwedische Schwimmer Arne Borg hat gestern drei Weltrekorde im Schwimmen geschlagen, indem er in Göteborg 880 Yards in 11:08.6, sodann 1000 Yards in 12:47.7 und 1000 Meter in 14:00.5 zurücklegte. Die bisherigen Rekorde auf gleiche Entfernungen waren: 11:24.2 (Norman Raff), 13:18.7 (Arne Borg) und 14:11.7 (Arne Borg).

Ueber 37 Stunden in der Luft. Einer Reuter-Meldung zufolge haben zwei amerikanische Militärflieger einen neuen Rekord aufgestellt, indem sie 37 Stunden 15 Minuten in der Luft geblieben sind.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Politz.

Wo verkehren wir?

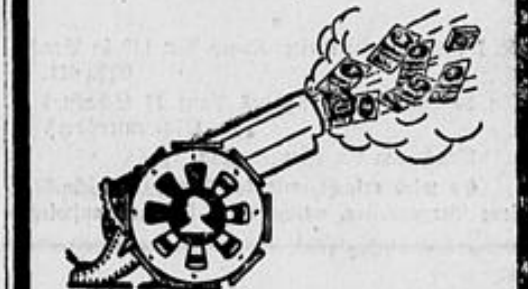
Café Continental, Prag-Graben
 Goldenes Kreuzel, Prag-Nezantna.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus
 Prag, Smetsch 22 (Urania).

Gastwirtschaft „Lidový dům“
 der Genossenschaft „Gauymed“
 Täglich. PRAG II., Hybernská Nr. 7.
 Konzert

Café „Nizza“
 Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.
 Unser Stammlokal.

OETKER Juni-Preisrätsel



In Anbetracht der großen Anzahl origineller Einsendungen, welche wir in Beantwortung unseres Juni-Preisrätsels erhalten haben, sind die uns vorliegenden, die ursprünglich festgesetzten Preise auf mehr als das Doppelte zu erhöhen, ist es uns erst heute möglich, die Preisträger wie folgt bekanntzugeben. Es erhielten:

- Erste Preise à Kč 1000** —: Hilde Pawko, Brünn, Jara Hendrychová, Frankstadt.
- Zweite Preise à Kč 500** —: E. u. J. Hlinteregger, Zelizovce, Božena Růžinková, Prag.
- Dritte Preise à Kč 300** —: Johanna Schmid, Olmütz, Marie Votavová, Brünn, Prof. Dr. Gustav Gith, Aussig.
- Trostpreise à Kč 50** —: W. Lieb sch, Tetschen-Altstadt, Anna Vitácková, Pra., Anton Muff, Bergmann, Graupen, Zdenka Damohorská, Žižkov, Alfred Rauscher, Luditz, Marie Blechová, Molyán, Adolf Krause, Proppau, Anna Vantěková, Tábor, Fr. Müller, Klostergrab, Milla Heřínková, Weinberg, Heinrich Adam, Brünn, M. Cap. Žižkov, Anna Burger, Türmitz uci Aussig, Béla Blatná, Brünn, Johann Butzal, Schüler, Brünn, Ant. Silhan, Beraun, Ing Karl E. Bauer, Jägerndorf, Venouš Kozárek, Prag, A. u. P. Fritsch, Podersam, Anna Vojtěchovská, Weiwarn, Franz Korn, Bürgerschüler, Tepl. 1786

Vom 31. August bis 9. September Spezialwoche für

Prüna Gurnschuhe von **Schulstiefel** Haus-schuhe von **20 Filialen** in **Č.S.R.**

Kč 26- Kč 58- Kč 29-

- Prag, Václavské 25, Palais **Č. S. R.**
- Pilsen, Nám. Republiky 2
- Karlshof, Haus „Daun“
- Reichenberg, Schückerstraße 19.
- Gablonz a. N., Hauptstraße 1.
- Teplitz-Schönbau, Graupnergasse 15.
- Aussig a. L., Teplitzerstraße 32.
- Brüx, Weitengasse 4.